

Die Zeitung erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 20,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. Für Postbezugsnehmer sind die üblichen Postzuschläge entzogen. Unter Berücksichtigung der deutschen und österreichischen Verhältnisse 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Preis für Saldo-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile ober dem Raum kostet 5,- M. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Kleinanzeigen und Stellen-Angebote 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516 4603, 4635, 4649, 4621.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ergebnis von Moskau

1. Demokratie und Diktatur des Proletariats.

Von Sepp Dertter.

Die Richtlinien der kommunistischen Internationale und die Bedingungen für die Aufnahme in diese Internationale habe ich mit dem Gefühl gelesen: Wenn das sozialistische Geist und Geist des proletarischen Befreiungskampfes sein soll — dann danke ich bestens. Ich war jedoch durchaus nicht überrascht von diesen Bedingungen, weil ich sie mir aus der Sprache des Bolschewismus erkläre und aus der besonderen Sprache der Männer, die sie aufstellten, und der Zeit, in der sie aufgestellt worden sind. Vierzehn Tage später — und die Bedingungen hätten anders gelaute! Moskau stand vor Warschau, als diese Bedingungen aufgestellt wurden. Es sind Siegerbedingungen im Geiste der Ludendorffe und Hindenburg — nicht sozialistische Bedingungen. Aus ihnen spricht das nicht soziale — sic jubeo. Und das ist unsozialistisch und reaktionär. Der Sozialismus hat immer die gleichen Ziele und Forderungen, ob er Sieger ist oder nicht. Wie Moskau von seinen Friedensbedingungen an Polen abgegangen ist, als es sich zurückziehen mußte, so wäre es, wenn der Kongreß vierzehn Tage später stattgefunden hätte, zu anderen Bedingungen für die Aufnahme in die 3. Internationale gekommen. Denn Moskau ist in seinen Grundzügen immer schwankend, je nach Erfolg oder Mißerfolg in seiner inneren und äußeren Politik.

Und schwankend muß Moskau sein, weil seine Macht sich nicht gründet auf wirklich sozialistischen Grundzügen und weil es seine Macht nicht stützt auf sozialistische und daher revolutionäre Mittel, sondern auf durchaus reaktionäre Mittel. Der Bolschewismus und mit ihm der Kommunismus ist vor allem über eine durchaus bourgeoise und reaktionäre Auffassung des Begriffes der Diktatur nicht hinausgekommen und deshalb macht er den Begriff Diktatur des Proletariats zu einer Karikatur. Er stellt Demokratie und Herrschaft des Proletariats als unüberbrückbare Gegensätze hin, was sie nicht sind, selbst nicht für die Kommunisten, wenn sie von der Theorie zur Praxis übergehen. Denn auch sie versuchen, die breiten Massen zu gewinnen, um für die Diktatur die demokratische Unterlage zu schaffen.

Im Bannkreise kommunistischer Auffassungen lebend und bestrbt, doch ja nicht weniger unklar und radikal als die Kommunisten zu sein, reden auch manche unserer Genossen ihnen nach und befehlen sich, mit Eifer darzutun, daß alle Demokratie reaktionär sei, während sie sich mit ebensolchem Eifer bemühen, in die demokratischen Institutionen in Gemeinde, Land und Reich einzuziehen. Und man muß sagen, daß sie dort emsig und fleißig demokratische Aufgaben zu lösen versuchen.

Ich will einmal versuchen, den sozialistischen Begriff der Diktatur — wir brauchen dieses bürgerliche Wort überhaupt nicht zu benutzen, sondern viel klarer sagen: Herrschaft (das klingt freilich nicht so radikal) — des Proletariats aufzuschließen. Die Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Besitz der Privatkapitalisten in den Besitz der Allgemeinheit kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Sie muß dazu im bewußten Klassenkampf die politische Macht erobern. Zur Eroberung der politischen Macht muß sich die Arbeiterklasse aller Mittel des proletarischen Klassenkampfes, der wirtschaftlichen, politischen und parlamentarischen, bedienen, und damit auch demokratische Mittel. Ausgeschlossen sind für den proletarischen Befreiungskampf alle reaktionären Mittel. Ist das Ziel des Klassenkampfes — die Eroberung der politischen Macht — erreicht, dann beginnt die Herrschaft des Proletariats; d. h. die Arbeiterklasse wird allein bestimmend für die Gestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sein. Die Gegner der Arbeiterklasse werden das Objekt der Gesetzgebung. Die Herrschaft der Arbeiterklasse wird um so gesichert sein, je sozialistisch geklärt und breiter die Massen sind, die hinter dieser Herrschaft stehen. Sie muß also eine breite Grundlage in der Masse des Volkes haben. Zur Verteidigung dieser Herrschaft wird alsdann die Masse des Volkes nach innen und außen bereit sein. Eine solche in einer breiten sozialistischen Masse gesicherte Herrschaft der Arbeiterklasse kann allein an die historische Aufgabe des Proletariats herangehen: den Klassenkampf durch die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit zu zerbrechen und die klassenlose Gesellschaft des Sozialismus aufzurichten, die eine wirklich demokratische Gestaltung des Staates ermöglicht.

In Rußland haben wir noch keine Diktatur des Proletariats, keine Herrschaft der Arbeiterklasse. Es ist eine Selbsttäuschung gefährlichster Art und eine ungeheuerliche Täuschung der Arbeiterklasse, wenn z. B. das „Volksblatt“ in Halle schreibt: „Die russische Arbeiterklasse hat den Kampf aufgenommen und durchgeführt.“ In Rußland ist die Diktatur des Proletariats verwirklicht. Das ist nicht wahr. In Rußland haben sich die Kommunisten — die Bolschewiki — im Jahre 1917 unter Ausnützung günstiger Umstände handreichartig der Herrschaft bemächtigt. Sie haben eine kommunistische Diktatur auch über die große Mehrheit der

Vertrauensbruch der Regierung

Die Transportkontrolle

Wir berichteten bereits in unserer gestrigen Morgenausgabe über die Telegrammbriefe des Reichsverkehrsministers an die Eisenbahndirektionen, in denen Anweisungen gegeben werden über die Handhabung der Kontrolle bei Waffen- und Munitionstransporten, die den mit Zustimmung der Regierung gebildeten örtlichen Kontrollkommissionen der Gewerkschaften fast jede Ausübung ihrer Tätigkeit unmöglich machen. Die Kontrollkommission hatte sich sofort an die Reichskanzlei gewandt, um zu Verhandlungen mit der Regierung zu gelangen. Es ist aber im Laufe des gestrigen Tages nicht zur Verhandlung gekommen. Es wird heute noch einmal der Versuch gemacht werden, mit der Regierung zu verhandeln.

Die der vereinten bürgerlichen Hehe Rechnung tragenden Erlasse des Reichsverkehrsministers schaffen eine außerordentlich ernste Situation. Sie zeigen der Arbeiterschaft erneut, daß ihre Rechte und Forderungen in Abmahnungen mit der Regierung nicht garantiert werden. Die Kontrollkommission hat jede Rücksicht, die der Friedensvertrag auferlegt, genommen. Sie ist aber nicht gewillt, sich unter allen möglichen Vorwänden tauglich zu lassen. Die Arbeiterschaft verzichtet nicht auf ihr Recht, die Respektierung der Neutralität zu überwachen und sie wird es nicht den konterrevolutionären Offizieren und Beamten überlassen, die Waffen- und Munitionstransporte zu überwachen. Die Regierung täuscht sich, wenn sie glaubt, die mit der Arbeiterschaft getroffenen Vereinbarungen auf die leichte Schulter nehmen zu können. Die Arbeiterschaft wird zur Selbsthilfe greifen gegen ihrer Parole: keinen Mann, keine Kanone gegen Sowjetrußland!

Eine neue Bluttat in Frankfurt

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Frankfurt a. M., 1. September.

Bei der heutigen Arbeitlosendemonstration wurde, nachdem die erste Kommission zu lange blieb, eine zweite gewählt, die versuchen sollte, die Verhandlungen zu beschleunigen. Als diese Kommission ins Rathaus hinein wollte, um den Verhandlungen beizuwohnen, wurde sie mit Feuer empfangen. Ein Leutnant von der grünen Polizei hatte den Befehl gegeben, Schreckschüsse abzugeben, um die Menge zu zerstreuen. Als Opfer sind 3 Tote und circa 12 Verwundete zu verzeichnen. Am Nachmittag wurde von der U. S. P. eine Protestversammlung im Zirkus Schumann einberufen, die von circa 15 bis 20 000 Personen besucht war. Diese Versammlung ver-

Arbeiterklasse ausgerichtet. Sie versuchen freilich ihre Parteidiktatur zu einer Diktatur der Arbeiterklasse auszubauen. Sie bedienen sich dazu auch aller demokratischen Mittel und sie betreiben, um ihren Zweck zu erreichen, eine anerkanntswürdige sozialistische Aufklärungsarbeit. Die Diktatur der russischen Kommunisten ist aber auch weniger eine Diktatur der Partei als der Parteiführer. Und weil es — um diesen Ausdruck, der ja so sehr im Sprachgebrauch der Kommunisten liegt, zu gebrauchen — eine Bonzendiktatur ist, deshalb muß diese Diktatur zu allen reaktionären Mitteln greifen, um sich gegen die Mehrheit des russischen Volkes zu halten. Deshalb der Militarismus, der Terror, die Unterdrückung der Pressefreiheit. Und diese reaktionären Mittel werden nicht nur angewandt gegen die russische Bourgeoisie, sondern auch gegen jene russischen Arbeiter und Arbeiterparteien, die man, weil sie nicht bolschewistisch sind, in bequemer Weise als gegenrevolutionär und antisozialistisch bezeichnet. Daher auch die Bedingungen für die Aufnahme in die 3. Internationale: Alles, was nicht kommunistisch ist, verfällt dem Bannspruch der Moskauer kommunistischen Päpste, wird exkommuniziert, ist ärger als ein bürgerlicher Heide und öffentlicher Sünder und wird aus dem Schoße der allein seligmachenden kommunistischen Kirche ausgeschlossen. Daher errichtet Moskau eine Unterkommision für alle Proherzeugnisse der 3. Internationale angeschlossenen Parteien. Die Herrschaft einer Partei oder einiger Parteidiktatoren läßt sich eben nur erhalten vermittels reaktionärer Mittel, und die wendet Moskau in ausgiebigster Weise an nach dem Grundsatz: der Zweck heiligt die Mittel.

In der Kinderkrankheit des Radikalismus und in gefühlsmäßiger Revolutionsromantik mag man die russischen Verhältnisse als die allein gebotenen halten. Ein Sozialist, der Marx nicht zur Karrikatur macht, der ein Revolutionär ist, muß die kommunistischen Methoden ablehnen, schon weil sie mehr von Bakunin in sich tragen als von Marx. Diese Methoden mögen sich auch in Rußland

lieh völlig ruhig. Zur Zeit tagt eine Vertrauensmännerführung, die noch weitere Beschlüsse fassen wird. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß morgen der Generalkonferenz proklamiert wird.

M. I. B. verbreitet über die Frankfurter Vorgänge folgende Darstellung:

Frankfurt a. M., 1. September.

Vormittags hielten die hiesigen Erwerbslosen im „Zillerthal“ eine Versammlung ab, in deren Verlauf eine Deputation nach dem Rathaus geschickt wurde, um dort bei dem Magistrat wegen der Forderungen der Erwerbslosen erneut vorstellig zu werden. Die Deputation wurde auch angenommen. Während sie noch mit dem Magistrat verhandelte, formierte sich ein Demonstrationsszug von Erwerbslosen, der ebenfalls nach dem Rathaus zog und dort Einlass begehrte. Dies wurde verweigert. Der vor dem Rathaus diensttuende Kommissar der blauen Polizei, der die Menge beruhigen wollte, wurde überschrien. Die Menge versuchte, von verschiedenen Seiten aus in das Rathaus einzudringen. Dies gelang ihr auch am Tor in der Behmmanntstraße. Eine große Anzahl Demonstranten drang in das Innere des Hauses ein. Der hier befindliche Posten der Sicherheitswehr wurde angegriffen und machte darauf von der Waffe Gebrauch. Bisher ist noch nicht genau festgestellt, ob Todesopfer bei dem bedauerlichen Zusammenstoß zu beklagen sind. Festzustellen scheint, daß fünf Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden sind. Einem Aufgebot der Sicherheitswehr gelang es, das Rathaus und den Römer-Berg zu räumen und abzulagern.

Am die Mittagsstunde bildeten sich in der Kaiserstraße und deren Umgebung Ansammlungen, offenbar mit dem Ziele, die dort befindlichen Waffensäden zu stürmen und den Demonstranten Waffen zu verschaffen. Ein Offizier der Sicherheitswehr wurde mit Knütteln und Messern bedroht und konnte sich nur durch die Flucht seinen Verfolgern entziehen. Auch hier konnte die Sicherheitspolizei die Ansammlungen bald zerstreuen. Zu weiteren Zusammenstößen ist es bisher nicht gekommen.

Die Meldung des Wolff-Bureaus weicht in entscheidenden Punkten von unserer eigenen Frankfurter Meldung ab. In unserer Meldung wird nur von einer zweiten Deputation gesprochen, während die Wolff-Meldung von einem Demonstrationszug spricht. Jedenfalls müssen die Vorfälle restlos geklärt werden. Es besteht nach allen Erfahrungen die Vermutung, daß wieder in leichtsinniger Verantwortungslosigkeit in die Menge hineingeschossen worden ist. Heute scheint man kein anderes Mittel mehr zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu haben, als das Schießesien. Es hat sich seit dem glorreichen Kosteregiment in Deutschland bei den öffentlichen Organen die Meinung herausgebildet, daß man die Arbeiterklasse nur wie tolle Hunde behandelt, die man einfach niederknallt. Im vorliegenden Fall ist das noch nicht erwiesen, wir stellen deshalb unser Urteil zurück, bis wir genauere Meldungen über den Hergang der Ereignisse besitzen.

für einige Jahre durchsehen können — auf die Dauer aber auch nicht. Sie konnten sich auch in Rußland nur durchsehen, weil sie aufgepöpst worden sind, den ihnen ähnlichen Methoden des Faschismus und unter ganz anders gelagerten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. In Deutschland und Westeuropa angewandt, würden die russischen Methoden zu verhängnisvollen Niederlagen der Arbeiterklasse führen. Die ökonomischen Verhältnisse in Rußland sind heute noch nicht im marxistischen Sinne reif für den Sozialismus. Das kapitalistische System hatte dort noch nicht jene Stärke und jene Entwicklung wie in Westeuropa. In Rußland konnte sich eine Partei der Herrschaft bemächtigen, in Westeuropa kann das nur die Arbeiterklasse als Ganzes, denn ihr steht gegenüber eine viel stärkere Bourgeoisie, ein viel stärkeres antisozialistisches Bauerntum, das sich nicht durch den Handstreich einer Partei, das sich nur durch entschlossenen, zähen und einheitlich geführten Klassenkampf überwinden läßt. In Westeuropa ist auch ein Proletariat, das den Klassenkampf nicht gefühlsmäßig, sondern bewußter führt als in Rußland, das nicht den augenblicklichen Erfolg, sondern das große sozialistische Ziel erstrebt, das heranreift zu einer Herrschaft der Arbeiterklasse, das aber zu selbstbewußt ist, um sich die Diktatur einer Parteiführung oder gar einiger Parteidiktatoren auf die Dauer gefallen zu lassen; das endlich sozialistisch schon so durchgebildet ist, daß es sich zu einer Erreichung seiner Ziele nicht der reaktionärsten Mittel bedient, weil es weiß, daß sich letzten Endes solche Mittel gegen die Arbeiterklasse und das Proletariat selbst kehren und dem wirklichen Sozialismus die Zukunft verschütten.

Die Diktatur des Proletariats ist etwas ganz anderes als die Diktatur der Kommunisten, der Bolschewiki in Rußland. Das muß in unserer Partei einmal erkannt werden. Was in Rußland zur Anwendung gekommen ist, ist nicht proletarische Diktatur, sondern Diktatur im bürgerlichen Sinne mit allen reaktionären Mitteln der Bourgeoisie.

Die Arbeiterklasse in Deutschland hat mit allen Mitteln des proletarischen Befreiungskampfes zur Eroberung der politischen Macht und damit zur Herrschaft der Arbeiterklasse zu streben. Sie darf sich nicht in den russischen Stiefel bei ihrem Befreiungskampf zwängen lassen. Der schmückt zu sehr nach Zartismus. Und ich leide den russischen Stiefel nicht — auch nicht, wenn der Fuß eines Lenj in oder Trojka darin steckt. Und ich hoffe und erwarte das auch nicht von unserer Partei.

Die englische Unabhängige Arbeiterpartei an Moskau

Die Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei) hat ihre Delegierten beauftragt, dem Exekutivkomitee der 3. Internationale einige Fragen zu stellen. Auf diese Fragen hat dieses mit einer heftigen Kritik gegen die Führer der Independent Labour Party geantwortet und verlangt, daß sich die I. L. P. über folgende Fragen ausspreche:

1. Die Durchführung des Bürgerkrieges (die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats) zum Sturz des Kapitalismus.
2. Die Durchführbarkeit der Aktion einer Minderheit, die ihren Willen einer apathischen oder machtlosen Mehrheit aufzwingt. (Diktatur der kommunistischen Partei.)
3. Die Beziehungen zwischen den Sozialisten der verschiedenen Richtungen.

Wie „Daily Herald“ mitteilt, hat der Nationale Verwaltungsrat der Partei jetzt die Moskauer Antworten veröffentlicht. In der Vorrede dazu sagt der Verwaltungsrat:

„Die Antwort enthält den klaren Beweis von der Ueberzeugung der Verfasser, daß sie ihre Doktrinen, Methoden und ihre Politik als unerschütterlich betrachten und daß sie glauben, der Sozialismus könne nur innerhalb ihrer engen Dogmen verwirklicht werden.“

Die einzigen Punkte in dem Memorandum, auf die wir besondere Aufmerksamkeit lenken wollen, sind die Beschuldigungen gegen die deutschen Sozialisten, daß sie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet haben, die schamhaftigen Unterstellungen, daß Henderson und Renaudel dasselbe getan hätten und die schamlosen Ausfälle gegen Otto Bauer, F. Adler und die österreichischen Sozialisten im allgemeinen. — Männer, denen so viele ungarische Sozialisten ihr Leben verdanken. Diese schamlosen Beschuldigungen werfen ein grelles Licht auf den Geist derjenigen, die sie erhoben.“

Auftakt zur Auseinandersetzung in Frankreich

Auch in Frankreich bereitet sich die Auseinandersetzung über den Anschluß der Partei an die dritte Internationale und besser Bedingungen vor. Allerorts bemüht man sich nach Kräften, die Einigkeit der Partei zu wahren. Genosse Paul Faure, der dem linken Flügel nahe steht, sagte im „Populaire“: „Wir wollen überall in der Partei und in den Gewerkschaften hartnäckig kämpfen, aber hüten wir uns, das Instrument zu zerbrechen, das uns zu handeln erlaubt. Das englische Proletariat ist gewöhnt, das belgische ebenfalls, beide sind Anhänger der zweiten Internationale. Das hindert nicht, daß das erste von Lloyd George eine nachgiebigere Haltung gegenüber der Sowjetrepublik erfahren hat, als wir von Seiten Mitterands, und daß das zweite sich der Durchfuhr von Munition durch Belgien widersetzt hat und damit eine Ministerkrise hervorrief, die die Demission Hymanus zur Folge hatte. Diese Erfolge sind durch die Einigkeit in England und Belgien erzielt worden.“

Genosse Pierre Renaudel, der Führer des rechten Flügels der französischen Sozialisten, erklärt in der „Humanité“ jeden Versuch, die Einigkeit der Partei zu zerbrechen, für ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse. „Wie immer“, fährt er denn fort, „wird es Sophistiken geben, die derartige Handlungen entschuldigen. Sie werden sagen, daß das nötig sei, um das Unkraut vom Weizen zu sondern und die Arbeiterklasse kräftiger zu machen. Das ist jedoch ein sehr schlechter Parteilist. Ohne eine einzige Arbeiterpartei gegenüber der Bourgeoisie wird es keine Revolution geben, ohne Einigkeit wird es keine soziale Reorganisation geben, ohne Einigkeit werden sich die Arbeiterorganisationen nicht zu sozialistischen Einrichtungen umformen können, zu Einrichtungen, die die Produktion und den Verbrauch regeln und die Revolution durchführen.“

In einem zweiten Artikel im „Populaire“ führt Genosse Faure aus, daß man erst die Veröffentlichung aller Dokumente und Informationen, die die Genossen Cahin und Frossard aus Moskau mitgebracht haben und die in einigen Tagen abgeschlossen sein wird, abwarten müsse und auch die Stellungnahme der ausländischen Bruderparteien beobachten müsse. Er ist für den Anschluß an die dritte Internationale, „wenn die französische Partei geschlossen überreden kann ohne Demütigung und Verletzung ihrer Prinzipien, ohne daß ihr der Ausschluß von Personen auferlegt wird, über den sie, nach meiner Ansicht, allein befinden muß, ohne daß ihr diese oder jene Haltung diktiert wird, die eine Kriegserklärung an die Gewerkschaften (Confederation General du Travail) darstellt. Alle diese Fragen müssen mit dem alleinigen Gedanken diskutiert werden, der Sache des französischen Sozialismus und der Ehre der internationalen Proletariats zu dienen.“

Im „Populaire“ werden jetzt die Bedingungen für die französische Partei für den Anschluß an die dritte Internationale veröffentlicht. In einigen Punkten weichen sie von den für Deutschland formulierten Bedingungen ab. So wird im Punkt 7 nur der Ausschluß von „Turati, Modigliani u. a.“ gefordert, während in den deutschen Bedingungen noch eine andere Anzahl anderer Namen, wie Hilferding, Hillquit, Longuet, Macdonald genannt werden. Die Punkte 19, 20 und 21 fehlen vollständig.

Das französische Kapital in Ungarn

London, 1. September.

„Daily Herald“ berichtet, daß ein Vertrag zwischen Ungarn und Frankreich abgeschlossen sei, der den französischen Finanzleuten die Kontrolle über die ungarischen Eisenbahnen und die hauptsächlichsten Industrien gibt.

Die weiße Regierung in Ungarn hat für das französische Kapital so gut vorgearbeitet, daß sie jetzt diesem das Land zur Ausbeutung völlig übergeben kann.

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten machte der Reichminister Simons Mitteilungen über die deutsche Neutralitäts-Politik. Sie sei für Deutschland die einzige richtige und mögliche. Man habe ihr aufgefodert, mit dem Bolschewismus gegen die Westmächte vorzugehen und auf diese Weise die Schranken des Versailles zu brechen. Das habe er unbedingt abgelehnt. Hierauf befahte sich der Minister mit den Vorbereitungen für die Konferenz in Genf.

Zwei russische Notizen

Die Truppenübertritte an der Grenze

Der Vertreter der russischen Regierung, Viktor Kopp, hat dem Auswärtigen Amt im Auftrage seiner Regierung folgende zwei Notizen überreicht:

I.

Durch den Gang der militärischen Operationen am Nordflügel der russischen Armee war ein Teil der Streitkräfte der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik gezwungen, die ostpreussische Grenze zu überschreiten. Die russischen Truppen begaben sich auf das Gebiet, das sowohl de facto wie de jure, der Oberhoheit des Deutschen Reiches untersteht. Auf Grund des bestehenden Friedenszustandes zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sowjet-Republik und im Hinblick auf die Neutralitätsklärung der Deutschen Regierung sollen die übertretenden russischen Truppen entwaffnet und in Deutschland interniert werden. Diese Entwaffnung und Internierung ist ausschließlich Sache der Behörden des Deutschen Reiches, das der Russischen Sowjet-Republik gegenüber die volle Verantwortung für die ordnungsmäßige Durchführung der ganzen Aktion, sowie für die Aufnahme und Aufbewahrung des von den Truppen mitgebrachten Heeresgutes trägt.

Angefaßt dieser völkerrechtlichen Sachlage stellt die durch zuverlässige Nachrichtenquellen bestätigte Beteiligung der sogenannten Internationalen Kommissionen bei der Entwaffnung und Internierung der russischen Truppen eine vollkommene unzulässige Einmischung dritter Mächte in eine Aktion vor, die sich ausschließlich zwischen Deutschland und Rußland abspielen hat. Diese Einmischung ist also unzulässig, als sie von den Mächten ausgeht, die nachweisbar direkt oder indirekt sich an dem russisch-polnischen Kriege zu Gunsten Polens beteiligen. Sie ist demnach nichts anderes, als ein durch dritte Mächte auf dem Boden des Deutschen Reiches zu Gunsten Polens begangener Verstoß der Neutralität.

Indem der ergebene Unterzeichnete die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf diese Tatsache lenkt, bittet er die Deutsche Regierung, an deren guten Willen die Neutralität ausser Frage zu wahren, er keinen Zweifel hegt, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß die Einmischung der Internationalen Kommissionen in die Entwaffnungs- und Internierungsaktionen künftig unter allen Umständen unterbleibt. Die Russische Sowjet-Republik ist bereit, die aus dem Uebertritt der russischen Truppen auf das deutsche Gebiet sich ergebenden völkerrechtlichen Konsequenzen auf sich zu nehmen und für den Unterhalt ihrer Truppen finanziell zu sorgen. Sie wird ihre Pflichten aber nur dann erfüllen können, wenn sie die Sicherheit besitzt, daß ihre Truppen und ihr Heeresgut sich in der Gewalt eines neutralen Staates befinden und nicht Gegenstand der Verfügungen dritter Mächte werden können, deren Parteinahme für das gegen die Russische Sowjet-Republik kämpfende Polen für alle Welt außer jedem Zweifel steht.

II.

Durch das „Volksliche Telegraphenbüro“ wird die Nachricht verbreitet, daß bei dem Uebertritt der russischen Truppen über die deutsche Grenze bei Klein-Beschlitten die polnischen Truppen ihnen auf das deutsche Gebiet gefolgt sind und sie auf dem deutschen Gebiet entwaffneten, worauf die Polen sich wieder entfernt haben, ohne ansehend durch die deutschen Behörden daran gehindert zu werden.

Unter der Voraussetzung, daß diese Meldung zutreffend ist, legt der ergr. Unterzeichnete namens seiner Regierung gegen die auf dem Gebiet des russischen Reiches an den russischen Staatsangehörigen verübte Gewalttat entschiedenen Protest ein. Er bittet um bestmögliche Klarstellung des Falles nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Sind bei dem gemeldeten Vorfall die deutschen Behörden oder deutsche Staatsangehörige überhaupt beteiligt gewesen?
2. Welche Maßnahmen hat die deutsche Regierung ergriffen, um von der polnischen Regierung Genugtuung für den durch polnische Truppen verübten Neutralitätsbruch zu erhalten?
3. Wie gedenkt die deutsche Regierung in Zukunft derartige Vorkommnisse unmöglich zu machen?

Der Dreierverband unterstützt die englischen Bergarbeiter

M. London, 1. September.

Der Dreierverband (Bergarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahner) hielt in der Streikfrage der Bergarbeiter lange Beratungen ab. Smillic trat im Namen des Bergarbeiterverbandes für eine Unterstützung der Forderungen der Bergarbeiter durch das Eisenbahnpersonal und die Transportarbeiter ein. Nach einer anderthalbstündigen Besprechung erörterte die Hauptverwaltung der beiden letztgenannten Verbände diese Frage in einer Sonderberatung. Daraus wurde in einer gemeinsamen Versammlung eine Entschließung angenommen, in der der Dreierverband erklärt, daß die Forderungen der Bergarbeiter gerecht und billig seien und sofort bewilligt werden sollten.

Die Konferenz tagt morgen wieder, um die weiteren Richtlinien zu bestimmen. Die angenommene Entschließung entspricht allerdings kaum den gehegten Erwartungen. Trotzdem wird sie aber auch nicht als Hindernis für eine friedliche Einigung angesehen. Es heißt, daß die Führer der Bergarbeitergewerkschaft bereit sind, einen Teil ihrer Forderungen, der sich auf die Verminderung der Kohlenpreise bezieht, fallen zu lassen und eine Vehrdrhöhung von zwei Schillingen zu verlangen.

Die Front im Osten

Rönigberg (Pr.), 1. September.

Lagebericht. Der polnische Nordflügel im Gebiet von Suwalki und zwischen Augustowo-Kanal und dem Fort von Bselowelsch ist in langsamem Vorwärtsschreiten. Die litauischen Truppen werden kampfslos zurückgelassen. Auf russischer Seite zeigt sich Widerstand nur an der Bahn von Wolkowogel und südlich des Kowow. Der Angriffsbahn der Armee Bujennys wurde nach Norden bis südwestlich Cholm erweitert. Zamocz wurde von den Russen genommen. Bei Grabowice hartnäckige Kämpfe. Derslich von Lemberg wurden polnische Angriffe abgewiesen.

Arbeiterunruhen in Italien

Milano, 1. September.

In Verfolgung kommunistischer Ideen haben die Metallarbeiter von Mailand, Rom und Neapel zahlreiche Streiks befehlet und rote Fahnen gehißt. In Mailand handelt es sich um 160 Werkstätten, in denen nach kommunistischen Ideen gearbeitet werden soll. Wie „Corriere della Sera“ meldet, sehen die Arbeiter bereits ein, daß sie ohne Ingenieure nicht auskommen können. Die Fabriksleitungen haben jede Verbindung mit den Werkstätten abgebrochen und machen die Arbeiter für alle entsprechenden Schäden haftbar.

Diese Wolff-Meldung klingt reichlich phantastisch aus, welchem Behagen wird der „Corriere della Sera“ zitiert, daß der Arbeiter — schon nach einem Tage — eingesehen haben dürfte und Intellektuellen können aber beruhigt sein, sie werden unter der Proletarierdiktatur nicht zu kurz kommen. Wir wissen nicht, was an der Meldung richtig ist, aber es ist für jeden Genossen klar, daß so die Ueberführung der Wirtschaft in kommunistische Formen sich nicht vollziehen kann. Jedenfalls handelt es sich um ganz andere Dinge.

Stimmen der Parteipresse

„Dithüringer Tribune“ (Gera).

In unserem Geraer Parteiblatt schreibt Genosse F. Peirde: „So weit wir bisher Gelegenheit hatten, den unbedingten extremen Moskauer Geist kennen zu lernen, nach den höchsten Erfahrungen, die unsere Parteileitung durch die vorausgesetzten Verhandlungen mit dem Exekutivkomitee der dritten Internationale hatte, konnte man sich auf eine schroffe Form des Parteilichens gestützt machen. Aber das, was unsere Delegierten aus Moskau mitgebracht hat als die Bedingungen, unter denen die U. S. P. aufgenommen werden soll, übertrifft an Unabdingbarkeit, Ausschließlichkeit, Sektenanatismus und diktatorischen Forderungen, die einschiedene Abgabe, die ein Teil der Parteipresse diesen „Bedingungen“ erteilt hat, ist deshalb begreiflich. Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands müßte nicht die eigene Grundzüge und revolutionärer Bergangsmacht, nicht einen Funken Würde und Selbstachtung besitzen, wenn sie sich dem Diktat der Moskauer Kommunistischen Internationale unterwerfen würde.“

In diesem Ton und in dieser Form haben proletarische Parteien, die sich zu einer Kampfgenossenschaft vereinigen wollen, bisher nicht verkehrt; so etwa spricht der Sieger zum Besiegten, der Richter zum Angeklagten. Nicht als gleichberechtigte Genossen und Kampfgesährten werden wir betrachtet, sondern als eine Partei, die in ihrem gegenwärtigen Bestande zerstückt werden und dann in der kommunistischen Partei aufgehen muß, ehe sie möglich ist, in die dritte Internationale aufgenommen zu werden. Das ist die Grundabsicht der Bedingungen: die Unabhängige Sozialdemokratie muß als Partei zerstückt werden, sie muß abhandeln zugunsten der kommunistischen Partei.

Nur unter diesem Gesichtspunkte ist auch die Moskauer Taktik uns gegenüber zu verstehen. Auf internationaler Basis soll die stärkste Parteipolitik getrieben werden. Was Kabel und seinen Freunden bisher nicht auf direktem Wege gelungen ist, soll nun auf dem Umwege über die Moskauer Internationale erreicht werden. Dabei rechnen die Führer der kommunistischen Internationale folgendermaßen: wird auch nicht der Uebertritt der U. S. P. und der Parteien der anderen Länder geschlossen erreicht, so doch voranschreitlich deren Spaltung in einen sozialistischen und kommunistischen Teil, der nach Moskau abwandelt. Ueber allem also steht die Stärkung der kommunistischen Partei, die möglichst zur Angelegenheit des Proletariats aller Länder gemacht wird. Denn das unter diesen, das Proletariat bis ins Endlose spaltenden, selbstverzehrenden Bedingungen, so mals eine die Mehrheit umfassende, aktionsfähige proletarische Internationale zustande kommen könnte, wird außer verbildeten Phantasien und Fantasikern niemand behaupten wollen. Wir können das, so bedauerlich es im Interesse der künftigen proletarischen Internationale auch ist, doch mit der größten Ruhe und dem Bewußtsein konstatieren, daß wir revolutionäre Sozialisten gegenüber der geistlosen Schablonisierung kommunistischer Diktatoren immer noch im proletarischen Interesse und im Geiste des wissenschaftlichen Marxismus handeln.

Sehen wir uns nun die kommunistischen „Bedingungen“ etwas näher an. Da wird in der einleitenden Strafbestimmung gegen die nichtkommunistischen Parteien gesagt:

„Das Verlangen einiger führender Gruppen des Zentrums in die 3. Internationale einzutreten, ist eine indirekte Behauptung dessen, daß die kommunistische Internationale die Symphonien der überwiegenden Mehrheit der Klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat und daß sie eine mit jedem Tage immer mehr wachsende Macht ist.“

Diese grobe Selbsttäuschung ist nur ein Beispiel dafür, aus welcher Perspektive die Moskauer Kommunisten die Wirklichkeit ansehen. Ihrer eingebildeten Stärke und Bedeutung entsprechend die eingebildete absolute Richtigkeit ihrer Ideen. Während die letzten Wahlen in Deutschland gezeigt haben, daß die kommunistische Partei eine hoffnungslose Minderheit ist, während sie steht, daß in den großen Ländern Westeuropas die kommunistische Partei so gut wie gar nicht existiert, behaupten die kommunistischen Majoritäten, daß die kommunistische Internationale die Sympathien der überwiegenden Mehrheit der Klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat. Diese maßlose Ueberschätzung spricht für sich selbst, und die Sympathien für die dritte Internationale, die sich bereits gebildet hatten, können durch nichts gründlicher zerstört werden, als durch die Moskauer Bedingungen.

Der Name kommunistische Partei schreit uns wohlwollend nicht und wir haben mehr wie einmal zum Ausdruck gebracht — unser Leipziger Aktionsprogramm zeigt davon —, daß wir mit dem kommunistischen Programm in zahlreichen wesentlichen Punkten übereinstimmen. Was uns aber von den Kommunisten grundtätlich trennt, das ist ihre einseitige, unter allen Umständen auf die Gewalt eingestellte Taktik. Diese Taktik, die nach dem Willen der Moskauer Führer durch die Moskauer „Parteilichens“ für alle Länder schematisiert wird, lehnt die Unabhängige Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit ab. Der Unterschied, den die Bedingungen zwischen Sozialismus und Kommunismus machen, gipfelt denn auch allein in dieser kommunistischen Taktik. Und in dieser Erögrung müssen wir den Namen kommunistische Partei ablehnen, weil die Frage der Benennung nicht nur eine formelle, sondern in hohem Maße eine politische Frage von großer Wichtigkeit ist.“

Militärische Fronten haben Anweisungen und Grundlagen geliefert für die möglichst schnelle Vernichtung des Gegners. Solchen Bedingungen der 3. Internationale sind eine kampfgehaltene Anweisung für den unerwarteten Vernichtungskampf innerhalb der Parteien des Proletariats aller Länder. Punkt für Punkt werden die Regeln und die Taktik dieses systematischen Proletarierkrieges begründet, von dem Kampf gegen die Bourgeoisie ist beiläufig auch einmal die Rede. Aber als erster Grundsatz gilt der Vorkampf. Ueber allen Parteien steht die kommunistische, ihr allein kommt noch historische Erziehungsberechtigung zu. Diesen fanatisch-sektiererischen Grundsatze auf alle Länder übertragen und praktisch anzuwenden, das heißt den höheren Unterweg der internationalen Arbeiterbewegung herbeiführen und jede Zukunftsmöglichkeit des Sozialismus zertrümmern. Wir lehnen deshalb die Moskauer Bedingungen nicht nur als ehr- und würdelos für die Partei, sondern zugleich als verwerflich für das gesamte Proletariat ab. Möge die Gesamtpartei in diesem Sinne beschließen, ohne daß es zu einer Spaltung kommt, und mögen die übrigen in Betracht kommenden Parteien des Landes gleichfalls die Moskauer Diktatur entschieden ablehnen.

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“ (Breslau).

Genosse Ernst Däumig tritt in einem Leitartikel, den er in der Donnerstag-Abend-Ausgabe der „Freiheit“ veröffentlicht, für die Anerkennung der vom Kongreß beschlossenen Leitlinie durch unsere Partei ein. Wir werden den Artikel am Dienstag in unserer Zeitung veröffentlichen, bemerken aber schon heute, daß wir uns soll und ganz mit ihm identifizieren.

Wilhelm Wundt gestorben

Der Leipziger Philosoph und Psychologe Professor Wilhelm Wundt ist am Dienstag im 88. Lebensjahre gestorben.

Russische Pressestimmen zur Frage der Internationale

Aus den Artikeln der führenden kommunistischen Blätter Rußlands seien nachstehend einige Auszüge zu den wichtigsten Punkten der Verhandlungen des kommunistischen Kongresses wiedergegeben.

Pravda, das kommunistische Zentralorgan, schreibt in seiner Nummer vom 21. Juli unter der Überschrift **„Jugend der Kompromißler“**:

Der Kongreß der dritten Internationale wurde zur Arena eines eigenartigen Schauspiels: der Bände der Kompromißler. Die Vertreter der französischen sozialistischen Partei Cachin und die Vertreter der deutschen sozialistischen Revolutionen beider Länder hatten und verkannnten öffentlich ihre Schuld. Die Vertreter der deutschen unabhängigen sozialistischen Partei verhielten sich rezitativ: die Rechten, Dietmann und Crispian suchten ihre „Anerkennung“ der Grundsätze der Diktatur des Proletariats als Ergebnis einer glücklichen und vollkommen natürlichen Entwicklung darzustellen, während die „Linken“ Däumling und Stöcker, ihre Halbheit mit dem Hinweis rechtfertigten, daß sie genötigt waren, die Rechten hinter sich heranzuziehen, und das die demokratische Partei in aller nächster Zukunft völlig in dem gewöhnlichen revolutionären Sinne zu „bestimmen“. Obwohl also Dietmann und Crispian noch erklärten, daß sie keineswegs deshalb auf dem Kongreß erschienen seien, damit man sie hier wegen ihrer „Sünden“ mit „Ruten peitsche“, waren ihre Reden in Wirklichkeit nichts anderes, als Ströme von Rechtfertigungen, die einzig und allein den Zweck verfolgten, um jeden Preis dem drohenden „Rutenband“ zu entkommen; Däumling und Stöcker jedoch bemüht sich mit aller Kraft zu verhüten zu geben, daß sie nur aus Solidaritätsgesühl und Disziplin „gesündigt“ hätten!

Die auf dem Kongreß zutage getretene geistige Kapitulation der Führer der Zentrumsparteien, die aus der zweiten Internationale ausgeschieden sind und sich auf halbem Wege zur kommunistischen Internationale befinden, beweist natürlich nicht, daß diese Zentrumsparteien in ihrer jetzigen Gestalt für die sofortige Aufnahme in die dritte Internationale reif geworden sind. Die Debatten und Verhandlungen auf dem Kongreß sind nur der Beginn des Umgestaltungsprozesses und der rücksichtslosen Säuberung der sozialistischen Parteien Europas, die von dem Schwungrad der sich entfaltenden Revolution mitgerissen werden.

In der **„Zowetsija“**, dem amtlichen Organ des russischen Zentral-Exekutiv-Komitees, vom 4. August, schreibt J. Stiefel an leitender Stelle über die Frage der gewerkschaftlichen Internationale:

Von nun ab kann die Bourgeoisie nur noch auf die wirtschaftlichen Organisationen rechnen, die auf sozialdemokratischem Standpunkt stehen. In der Gewerkschaftsbewegung war der Verrat der Führer, die vor dem Kriege in einer Reihe von Ländern mit revolutionär-agnostischen und anarcho-syndikalistischen Phrasen paradiert hatten, noch schlimmer und vollständiger, als selbst der Verrat der alten sozialistischen Parteien. Auf diesem Gebiet ist der Bruch zwischen den opportunistisch gestimmten Gewerkschaftsführern und den mit jedem Tage radikalster werdenden Massen noch tiefer und tiefer, als innerhalb der politischen Organisationen. Der Internationale Gewerkschaftsbund, dessen Zentrale in Amsterdam befindet, hat sich in eine gelbe verräterische Organisation verwandelt, die systematisch die Interessen des ihm vertrauenden Proletariats verkauft und die nicht nur aus Furcht, sondern aus eigenem Antrieb der bürgerlichen Gegenrevolution dienlich ist.

Es war notwendig, die Bourgeoisie auch diesen letzten Stützpunkt zu entreißen. Diese wichtige Aktion ist nun begonnen worden. Die in Moskau versammelten Vertreter der revolutionären Gewerkschaften Englands, Frankreichs, Italiens, Rußlands, Spaniens, Jugoslawiens, Bulgariens usw. haben ein neues Zentrum der gewerkschaftlichen Einigung geschaffen: den Internationalen Rat der Gewerkschafts- und Berufsverbände. Schon jetzt vereinigen sich in dieser neuen Organisation annähernd 8 Millionen Mitglieder, d. h. etwa 1/2 aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, deren Zahl sich auf zirka 20 Millionen beläuft. Die neue Organisation steht auf dem Boden der kommunistischen Internationale, d. h. sie tritt für den unmittelbaren revolutionären Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie, für die gewalttätige politische und wirtschaftliche Expropriation der Kapitalistenklasse ein. Sie bildet die ökonomische Seite jener Bewegung, die ihren politischen, d. h. allgemein leitenden Ausdruck in der 3. Internationale gefunden hat.

Die neue Organisation, die sich ansieht, mit den Sozialverrättern der in Amsterdam tagenden Föderation einen Kampf auf Leben und Tod zu eröffnen, hat sich an die Gewerkschaften aller Länder mit einem Aufruf gewendet, in dem sie von ihrer Entstehung und ihren Zielen Kunde abt. Wir sind der sicheren Überzeugung, daß der Internationale Rat der gewerkschaftlichen — und Berufsverbände bald sein Ziel erreicht, die Millionen Arbeiter, die in den Gewerkschaftsverbänden gruppiert sind, dem verderblichen Einfluß der Sozialverräter zu entziehen. Dann verliert die Bourgeoisie ihren letzten Stützpunkt; dann tritt eine Klasse offen der anderen entgegen und dann nimmt die Herrschaft des Kapitals ihr Ende.

Die Teuerung im Auslande

Das englische Arbeitsministerium hat festgestellt, daß die Steigerung der Preise für Nahrungsmittel in England von Juli 1914 bis Juli 1920 158 Prozent betragen hat. Die Kleinsthandelspreise insgesamt (enthaltend auch die Preise für Licht, Heizung, Wohnung) haben sich um 152 Prozent erhöht. Die Indexzahl des „Economist“, die den Durchschnitt von 1901/05 mit 100 einleitet, ist für Juli 1920 358. In Holland sind die Kosten für den Lebensunterhalt einer Arbeiterfamilie seit 1913 bisher um 111,5 Prozent für Ernährung und um 100,8 Prozent für Kleidung, Wohnung usw. gestiegen. — In Italien ist eine durchschnittliche Verteuerung aller Waren von Juli 1914 bis Juni 1920 um 570 Prozent eingetreten. Getreide und Fleisch verteuerten sich um 365 Prozent, andere Lebensmittel um 480 Prozent und Textilwaren um 666 Prozent. — In den Vereinigten Staaten waren um Juli 1914 bis März 1920 eine Person Nordamerika ist von Juli 1914 bis März 1920 eine Person in der Lebenshaltung um 95 Prozent eingetreten. — In Japan (Tokio) waren die Lebensmittelpreise im Mai dieses Jahres um 186,4 Prozent höher als im selben Monat 1914. Also Teuerung allenthalben. Wie schwer sie in den einzelnen Ländern die Arbeiterschaft trifft, das hängt von den erreichten Lohnsteigerungen ab. Darüber liegen keine genauen Angaben vor, doch ist es wahrscheinlich, daß am schlechtesten die deutsche Arbeiterschaft abgeschnitten hat, da ihr Reallohn ganz erheblich gesunken ist.

Die Kosten der Lebenshaltung

Die Indexziffern der Regierung

Die amtliche Reichsstatistik hat sowohl während des Krieges und mehr noch seit dieser Zeit ihre Aufgaben durchaus nicht erfüllt. Erst nach diesem Drängen ist vor einigen Monaten die Arbeit im Angriff genommen worden, die Kosten der Lebenshaltung im ganzen Deutschen Reich statistisch zu erfassen. Die Tatsache, daß sowohl Privatpersonen, wie Kurzsack, als auch einzelne Gemeinden (Berlin u. a.) durch ihre eigenen Untersuchungen und Erhebungen zeigten, daß sie durchaus möglich sind, zwang die amtliche Statistik endlich zu folgen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, sind vor einigen Tagen die ersten Mitteilungen der Reichsregierung über die Indexziffern dem Druck übergeben worden, so daß nun endlich, wenn auch vielleicht erst in Monatsfrist, die Veröffentlichung einiger der

Ergebnisse zu erwarten ist. Die Erhebung umfaßt allerdings nur die Monate Dezember 1919 bis April 1920, kann also für die seitdem eingetretene Verschärfung der Teuerung durchaus nicht herangezogen werden. Ein weiterer, noch wesentlich erheblicherer Nachteil ist die Tatsache, daß nur die Kosten der Lebensmittel statistisch erfasst worden sind, nicht aber die der gesamten Lebenshaltung. Die Begründung für diese Beschränkung aber ist für die traurige Lage weiter Schichten bezeichnend. „Die Preise von Bekleidungsgegenständen, Kleidern, Wäsche, Schuhen“, so heißt es da, „sind gegenwärtig in Deutschland so anormal, daß beim

Aufruf zum Internat. Jugendtag!

An die gesamte arbeitende Jugend! An das Klassenbewusste Proletariat!

Wie im Vorjahre am 7. September die revolutionäre Jugend in allen Ländern auf die Straße ging, um ihre Forderungen, die Forderungen des revolutionären Proletariats, zu bekräftigen, so wird in diesem Jahre die Jugend am

5. September

unter den Parolen der kommunistischen Jugend-Internationale demonstrieren. Die Jugend wird an diesem Tage, begeistert durch den heroischen Kampf der Arbeiter und Bauern Rußlands, den Beweis ihrer Treue zur proletarischen Revolution wiederum erbringen. In allen Betrieben und Werkstätten, überall da, wo Jugendliche ausgebeutet werden, muß unser Ruf erschallen, müssen die Herzen und Stirnen der Abgesetzten für die große Sache des Proletariats gewonnen werden. Immer lauter und gewaltiger muß unser Lied erklingen:

„Wacht auf, Verdamnte dieser Erde,
Die feils man noch zum Jüngern zwängt!
Das Recht, wie Blut im Kraterherde,
Nun mit Macht zum Durchbruch dringt.“

Der 5. September muß die mächtigste Demonstration des Jugendproletariats werden!

Der internationale Jugendtag soll für uns ein Kampftag sein. Die internationale Kapitalistenklasse soll spüren, daß ein junges Geschlecht im Werden ist, vor dem sie zittern hat. Die Jugend wird ihren revolutionären Willen kundtun und zeigen, daß sie bereit ist, alles zu opfern, wenn es gilt, die letzte Schlacht im proletarischen Befreiungskampfe zu schlagen.

Uns, die wir in Deutschland in einem mit großer Leidenschaft geführten Kampfe gegen die Konterrevolution stehen, wird der internationale Jugendtag neue Kraft und neuen Mut zum weiteren Kampfe geben.

Wir werden erfüllt mit neuer Zuversicht und neuer Hoffnung, wenn wir am 5. September unsere Gedanken über die Grenzen hinweg zu unseren kämpfenden Brüdern der ganzen Welt senden, die genau so wie wir erfüllt sind vom Wunsche, frei zu werden von aller Herrschaft, von aller Tyrannei.

Arbeitende Jugend! Junge Proletarier!

Heraus aus den düstern Werkstätten und laubigen Kontoren, beweist durch die Tat, daß ihr nicht länger gewillt seid, die Ketten der Ausbeutung und Unterdrückung zu tragen, folgt mutig und ohne Zaudern der kommunistischen Jugend-Internationale, der zielklaren und konsequenten Führerin des revolutionären Jugendproletariats! Zeigt, daß ihr euch solidarisch fühlt mit euren kämpfenden Brüdern der ganzen Welt. Demonstriert am 5. September!

- Für die Durchführung der proletarischen Revolution!
- Für die Zerkümmern des bürgerlichen Staates!
- Für die Übernahme der politischen Gewalt durch die Arbeiter- und Bauern-Räte!
- Für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft mit Hilfe der proletarischen Diktatur!

Jugendliche Arbeiter, Erwachsene, Klassengenossen

erscheint in Massen!

Heraus am 5. September nach Pilsenerberge!

(12 Uhr, Lokal „Alter Freund“)

Es lebe die kommunistische Jugend-Internationale!
Es lebe Räte-Deutschland! Es lebe die 3. Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

Freie Sozialistische Jugend Sozialistische Proletarier-Jugend
Bezirk Groß-Berlin Bezirk Groß-Berlin

Gemeinsamer Treffpunkt in Pilsenerberge um 12 Uhr im Lokal „Alter Freund“

Außerdem Treffpunkte um 7 und 10 Uhr

Norden: Mitteldeutscher Pl., Bf. Gesundbrunnen, Bf. Schönhauser Allee — Osten: Schleißer Bf., Bf. Köpenick, Bf. Prenzlauer Berg — Süden: Ostlicher Bf. — Westen: Hagenplatz, Winterfeldtplatz — Zentrum: Godescher Markt.

normalen Arbeitereinkommen die Anschaffung solcher Gegenstände kaum in Betracht kommt. Selbst das „S. T.“ muß deshalb daraus folgern:

„Wenn man die Lebenshaltung der Massen in Deutschland statistisch erfassen will, hat man mit der Tatsache zu rechnen, daß sie nichts für Bekleidungsgegenstände ausgeben, aber so gut wie nichts, weil sie es nicht können, und daß sie ihr Einkommen ganz und gar für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung verbrauchen.“

Auf die übrigen Feststellungen einzugehen, wird man bis zur Bekanntgabe der amtlichen Zahlen und der genauen Darlegung der Erhebungsmethode vertragen müssen. Schon heute aber ist erkennbar, daß auch diese Statistik zeigen wird, wie gewaltig die Teuerung über die Masse der Bevölkerung heraufgeschworen hat.

Die Konzentration im Kali-Bergbau. Der Kali-Bergbau ist — oberflächlich betrachtet — in eine große Zahl von Grubengewerkschaften und Aktien-Gesellschaften zerstückelt. In Wirklichkeit sind die einzelnen Werke aber zum größten Teil in wenige Hände zusammengelassen. Das bestätigt erneut der Jahresbericht des sogenannten Wintershall-Konzerns, aus dem hervorgeht, daß dieser 3. B. 23 Werke mit einer 13prozentigen Gesamtbelegung am Kali-Syndikat umfaßt. Im Jahre 1919 konnten die Werke des Konzerns rund 20 Prozent des Gesamtjahresbedarfes des Kali-Syndikats liefern, indem sie von nichtfördernden Werken deren Beteiligung übernahmen. — Weiterreichende Konzentrationsbestrebungen im Kali-Bergbau werden voraussichtlich bald zu neuen Konzern-Sitzungen bzw. Erweiterungen bereits bestehender führen.

Die Neugestaltung der Polizei in Preußen

In Nr. 16 der „Deutschen Polizeibeamtenszeitung“ vom 1. September schreibt der Generalleutnant des Reichsoberverbandes der Polizeibeamten, Dr. Franke, über die Neugestaltung der preussischen Polizei. Aus den Ausführungen dieses Kenners der Verhältnisse geben wir einige Auszüge wieder, die das Interesse der Öffentlichkeit erheischen.

Die seit der Gründung des Reichsoberverbandes erstrebte Neuordnung des gesamten Polizeiwesens ist in Preußen nunmehr in Angriff genommen worden. Die Reform soll im Sinne vereinfachtester Ausübung der Polizeigewalt durch die ordentlichen Behörden unter der Beileitung der zur Zeit herrschenden Justizverwaltung vor sich gehen. Es ist die Verschmelzung der Ordnungspolizei, der Sicherheitspolizei und der Gendarmen unter Berücksichtigung der Forderungen der Entente geplant. Bei der Neugestaltung soll den Provinzialinstanzen mehr Selbständigkeit als bisher eingeräumt werden.

Die beabsichtigte Neugestaltung hat, wie vorausgesetzt war, alle diejenigen Persönlichkeiten, die an dem gegenwärtigen Polizeiwesen Schuld sind, in begriffliche Aufregung versetzt. Die gesamte reaktionäre und schmerzliche Presse ist mobil gemacht worden, um gegen den Plan, einer den Zeitverhältnissen und unserer schwierigen finanziellen Lage entsprechenden Polizei zu schaffen, Stellung zu nehmen. Die Argumente, die dabei ins Treffen geführt werden, sind derart durchsichtig, daß auch jeder Fernstehende sofort merken muß, wohin die Richtung gehen soll. Man fürchtet den Verlust der sehr einträglichen Stellen bei den bisherigen Stäben der Sicherheitspolizei und man befürchtet ferner, daß an Stelle der mit gewissen Geheimräten hand in Hand arbeitenden Offizierskommandos Fachleute treten, die sich lediglich um den Geschäftspunkt des Staatswahles und dem Interesse der Beamtenchaft und der Allgemeinheit leiten lassen würden. Als Mittel zum Zweck erhebt ein großes Klagegeschrei über die angebliche Kollisionsstellung des Herrn Geheimrats von Plebsdorf.

Unter dem Vorwande, daß die Existenz der Unterbeamten der Sipo bedroht sei, versucht man diese gegen den Plan der Reorganisation mobil zu machen. Auch in den Kreisen der Gendarmen und der Kriminalbeamten hat man sich gewisse Werkzeuge für seine Pläne zu verschaffen gesucht. Was die Sicherheitspolizei anbetrifft, so können wir erzieherisch-weise mitteilen, daß der Reichswirtschaftsverband der Sicherheitspolizisten es mit Entschiedenheit ablehnt, für die Interessen Einzelner um ihre Sinecure hangender Herren Vorposten dienste zu leisten. Die Mehrheit der Sipo-Beamten haben erkannt, daß die geplante Reorganisation der Polizei ihnen die Möglichkeit bietet, ihre Zukunft sicherzustellen und in Beamtenstellungen zu gelangen, während sie heute als militärische Truppe bei bedauerlicher Löhnung und einer kurzfristigen Kündigung ihrer höchst unsicheren Zukunft entgegenstehen und fortgesetzt als Mittel zum Zweck gegen ihren Willen Verwendung finden.

Lehnt Ende versucht man dann schließlich noch, die preussischen Wähler und das Reichsministerium des Innern, da bekanntlich das Reich 60 Prozent der Kosten für die Sipo trägt, gegen die Reform der Polizei aufzuheben. Diese Hege dürfte in das Gegenteil umschlagen, wenn die Steuerzahler erfahren, daß zur Zeit nicht mehr wie 17 Polizeiorganisationen nebeneinander arbeiten, für die die Steuerzahler die Kosten zu tragen haben, und daß die Sipo in der gegenwärtigen Aufmachung einen Kostenaufwand von mehr als 2 Milliarden jährlich erfordert.

Daß wir auch einer umorganisierten Sicherheitspolizei, wie jeder Polizeiorganisation der bürgerlich-kapitalistischen Staatsgewalt mit Mißtrauen gegenübersehen, brauchen wir nicht zu betonen. Auch die Unterbeamten der Sicherheitspolizei haben nichts getan, um sich das Vertrauen der Klassenbewußten Arbeiterschaft zu erwerben. Dennoch werden sie unsere Unterstützung finden, wenn sie mit uns einen ehrlichen Kampf gegen eine Millionen verschlingende Bräudenwirtschaft und gegen den Militarismus (nicht nur den „Uebermilitarismus“) in den Polizeiformationen wie im Staate überhaupt führen wollen. Wir hoffen, daß sich auch diese Proletarier in nicht zu ferner Zeit auf dem Boden der Gerechtigkeit, der Kampf der Arbeiterschaft auch ihr Kampf ist, mit uns begangen werden. Erst dann wird es ihnen möglich sein, sich alle Fürstendrücker radikal vom Hals zu schaffen. Diesmal, so fürchten wir, werden die Herren Abegg und Priesdorf, für die Dr. Franke mit Wärme eintritt, sie genau so einleiten, wie irgend ein anderer.

Deutschlands Kohlenproduktion

Nach einer Mitteilung des Statistischen Reichsamtes im „Neues anzeiger“ betrug die deutsche Kohlenproduktion:

	Juli	Januar bis Juli
	1920	1919
	Zo.	Zo.
Steinkohlen	11 509 268	10 605 574
Braunkohlen	9 234 806	8 492 649
	21 744 074	19 098 223

Während in den Jahren für 1919 nur 19,5 Millionen Kohlenförderung nicht mehr enthalten ist, verließen sich die Angaben für 1920 ohne die Produktion Eisab-Lothringens, des Saargebietes und der Pfalz. Im Jahre 1918 belief sich die Förderung dieser drei Steinkohlengebiete für die ersten 7 Monate auf rund 10 1/2 Millionen Tonnen. In der gleichen Zeit 1918 hatte die Förderung einschließlich dieser Dörkte 28 410 978 Tonnen betragen. Der Rückgang der Steinkohlenproduktion unter Berücksichtigung des Aufwandes erheblicher Fördergebiete ist also recht beträchtlich und erweist mit aller Klarheit die verhängende Wirkung, die der Raubbau im Kriege hinterlassen hat.

Die Braunkohlenförderung hat sich im Gegensatz zur Steinkohlenproduktion im Vergleich mit der vorkriegsmäßigen um etwa 20 Prozent gehoben. Im Jahre 1918 betrug nämlich der Braunkohlegewinn rund 49 098 700 Tonnen. Eine weitere beträchtliche Produktionszunahme steht in Aussicht.

Die Kohlenbasis des deutschen Wirtschaftslebens wird auf alle Fälle für unerschöpfbare Zeit sehr schmal sein. Umso notwendiger ist es, dafür zu sorgen, daß endlich der Bergbau in den Besitz der Allgemeinheit überführt werde, damit dem Kohlenmangel ein für allemal ein Ende bereitet wird. In doch der Kohlenpreis letzten Endes einer der wichtigsten Faktoren der allgemeinen Warenpreisbildung, weshalb seine Bestimmung nicht länger der Profitgier privater Unternehmer ausgeliefert bleiben darf.

Ratifizierung des lettisch-russischen Friedens

Dr. Sellingsfors, 1. September.

Der russische Rätekongreß beauftragte das Zentral-Exekutivkomitee, den russisch-lettischen Frieden zu ratifizieren.

Deutsch-sozialistische Ernährungs-Konferenz. „Corriere della Sera“ berichtet, daß in Verbindung mit den Beschlüssen von Spa eine Konferenz zwischen den Ernährungsministern von Italien und Deutschland festgelegt worden sei, um über Vorkehrungen für die Versorgung des deutschen Volkes und über die Kohlenlieferungen Deutschlands zu beraten, mit dem Ziel, nähere Bestimmungen darüber festzusetzen. Die Konferenz wird am 2. September in Straßburg stattfinden. Vertreter der englischen und der französischen Regierung werden daran teilnehmen. Die Einladung ist bereits in Berlin eingegangen.

Tilsiter Käse Pfund **7.50**
Margarine . Pfund **10.50**

Billige Lebensmittel

Weißer Bohnen Pfund **1.65**
Viktoria Erbsen Pfund **2.45**
Haferflocken Pfund **2.20**
Haferbackmehl Pfund **3.10**
Tafelreis Pfund **4.95**
Maisgries Pfund **3.75**
Neue Linsen Pfund **5.40**
Weißkohl Pfund **20** Pf.
Rotkohl (Holländer) Pfund **30** Pf.

Grüne Bohnen Pfund **45** Pf.
Mohrrüben Pfund **20** Pf.
Tomaten Pfund **60** Pf.
Grüne Gurken Pfund **30** Pf.
Rhabarber Pfund **15** Pf.
Zwiebeln Pfund **75** Pf.
Kochäpfel Pfund **45** Pf.
Tafeläpfel Pfund **95** Pf.
Kochbirnen Pfund **55** Pf.

Ebbirnen Pfund **95** Pf.
Blaue Pflaumen Pfund **85** Pf.
Frische Schellfische Pfund **2.75**
Flundern geräuchert Pfund **4.75**
Bücklinge geräuchert Pfund **6.50**
Vollheringe gross Stück **85** Pf.
Junge Hühner Pfund **13.75**
Junge Gänse Pfund **14.00**
Kognak (Weinbrand) 1/2 Flasche **48.75**

Jandors

Landkasekäse Stück **4.90**
Landkase Pfund **6.70**
Amerik. Würstchen .. Dose **8.25**

Belle-Alliance-Str. Kottbuser Damm Brunnenstr. Große Frankfurter Str. Wilmsdorfer Straße

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
 Donnerstag 7 1/2 Uhr
 „Eine Pandorin“
 „Verwischte Geschichte“

Neues Operettenhaus
 Direktor Jean Aron
 7 Uhr Die Calkondarone
 Operette in drei Akten nach
 einem Motte Gedichte
 von Fritz Grünbaum.

Staatstheater
 Opernhaus
 Koffer Abonnement
 5 Uhr: Meistersinger.
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr:
Die Räuber

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Der lebende Leichnam
Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: Wünsche der Pandora
Großes Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Koffer
 (16. Abteilung, V. Abend)
 Direktor
 Carl Weinbach & Rud. Bernauer
 Theater L. B.
Römlingstraße
 7 1/2 Uhr: Gefährlich
 Sonntag zum 1. Male:
 Schauspiel v. Henrik Ibsen.
 (Albert Steinrück, Ertha
 Müller, Käthe Hammermann,
 Rose Wehlich, Gustav Vog,
 Fritz Schiele, Fritz Hoffert.)

Komödienhaus
 7 1/2 Uhr: Eine Nacht in Paradies
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer.
Kleines Schauspielhaus
 Refanstraße 1 (Nähe Hof. Joh.)
 8 Uhr: Nicht im Panzerhaus
Lessing-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Tänzerin
 (Republikanische Konstantin).
Deutsch. Kunst-Theater
 Zum 1. Male 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
 Musikalisches Schmaus von Leo
 Walter Stein, Musik von Hugo
 Dieck.
 Intendant: Victor Wolf
 7 1/2 Uhr: Adalbert und
 Trude Hefterberg)
Trianon-Theater
 (Bahnhof Friedrichstraße)
 8 1/2 Uhr:
 Kunstwerk in
Untreu
 Komödie von Roberto Bracco.
 Sonntag und folgende Tage
 nachm. 4 Uhr: Der Störenfried
Reizend-Theater
 (Seebahn Jannowitzbrücke)
 Untergrundbahn Kottbuscher
 8 1/2 Uhr zum 1. Male 7 1/2 Uhr:
Die Freundin
 Schauspiel von Sudermann
 Regie: Alfred Rotter
 (Darius, Torle, Albert, Bildt,
 Wenzel, Wallentin).
 Freitag und folgende Tage
 7 1/2 Uhr: Die Freundin.
Kammer-Spiele
 Wilsdorfstr. 8, am Kolonnenplatz
 8 1/2 Uhr:
Orientalisches Ballett
 Kiki Miami Beg.

Direktion: Siegbert Goldschmidt

GENUINE
 mit
Fern-Andra
HEUTE
MARMORHAUS

Einlass 6⁰⁰, 8⁰⁰ Vorverkauf 11-1 Uhr

B. FEDER
 NORDEN: Brunnenstraße 1
 OSTEN: Frankfurter Allee 350
 SÜDEN: Kottbuser Damm 103
 WESTEN: Charlothe, Scharrtenstr. 5

Vollständige Wohnungs-Einrichtungen
 auf bequeme Teilzahlung
 unter günstigen Zahlungsbedingungen
 Speisezimmer, Herrenzimmer
 Wohn- u. Schlafzimmer, einzelne Möbel
 Dielen-, Garten-, Balkon-Möbel
 in grösster Auswahl
 zu billigen ganz bedeut. herabgesetzt. Preisen

Täglich frische Seefische u. Räucherwaren
 Geestemünder Fischhalle Steglitz
 Albrechtstr. 131, Ecke Büppelstr.

Unser langjähriger Genosse
Friedrich Freudenberg
 und Frau
 zur Silbernen Hochzeit die besten
 Glückwünsche
 19. Bezirk, Neukölln.

Robhaare
 von 8 bis 40 M. per Kilo,
 Rinderhäute, Felle, Schafwolle,
 Kapler, Messing, Blei usw. kauf
 Produktreicher Damm, Müll
 Straße 8 (Sonntag geschlossen)

Kupfer, Messing, Zinn
 kauf höchstbillig
 48 Stromstr. 48

Deutscher Metallarbeiter-Verein
 Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.
 Dem Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege,
 der Decker
Rudolf Schimming
 Törkenstraße 23, am 20. August gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. d. Mis-
 nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Städt. Fried-
 hofs in Buch aus statt.
 Kege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
 Dem Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen,
 der Tapezier
Hermann Sperran
 Urbanstraße 62, am 22. August
 der Silberarbeiter
Otto Klinger
 Kopenstraße 71, am 22. August
 der Werkzeugmacherlehrling
Erwin Will
 Friedrichsberger Straße 14, am 26. August verstorben sind.
 Ihre tiefen Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Autoreifen-Reparatur-Werkstatt
 Dampf-Vulkanisier-Anstalt
Hans Päske
 Inh.
Richard Pintaske
 Berlin SW 29
 Fiebringer Str. 16 :: Tel.: Mpl. 8756

Jede Arbeit wird unter Garantie geliefert, auf Wunsch abgeholt

Deutscher Metallarbeiter-Verein
 Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Spezial-Arzt
 für Haut- und alle Geschlechtsleiden,
 Harn- und Blutuntersuchungen
Dr. med. Karl Reinhardt
 Potsdamer Str. 117 an der
 Lützowstraße

Tätowierungen
 werden in kurzer Zeit sicher, mög-
 lichst ohne Verwundungen, entfernt.
C. Weissert u. G. Andres,
 Invalidenstr. 147, 1. Etage, Ecke Vordammstr.
 Sprechstunden: 10-12 u. 4-8. Sonnt. 10-12.
 Im letzten Jahre über 1000 Tätowierungen entfernt.

Spezial-Arzt
 für alle Geschlechtskrankheiten.
 Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Scharlach, Kur,
 Behandlung schnell, sicher, ohne Verwundungen, höchste Preise.
Helfant Dr. med. Lommer. 10-1, 4-7, 8, 10-12.
Brunnenstr. 185 (Rosenth. Platz).

Spezialbehandlung f. Geschlechts-,
 Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv.
 Schwäche, Blutuntersuchung, Scharlach, Kur, Verstrahl.
Spezial-Arzt, Dr. Löser senior, Münzstr. 9
 nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-8, Sonnt. 10-12, Damen separat

Phorosan-Heilinstitut
 für Haut- und Geschlechtskrankheiten
 Lessingstraße 39, Sprechst. 3-1/2 u. außer Dienstag,
 Großbeerenstr. 67, Sprechst. 11-5 / Sonntag 10-12.
 Gomorrhoe-Behandlung nach dem neuen wissenschaftlichen Phorosan-
 Verfahren, Syphilis, Strang wissenschaftlich, Spez. -Arzt,
 Leitung: Prof. Zimmer, Kurdauer siehe Broschüre „Die Gomorrhoe
 und ihre Heilungsmittel“. M. 2.-. Prop. 3/2 gegen Porto.

Billige am Wald u. Wasser gelegene Parzellen in Heiligensee
 bei Tegel.
 Sehr guter Boden. In jeder Größe.
 Anzahlung von M. 500.- an. Räumliche Abzahlung.
 Auskunft: Terrangengesellschaft Heiligensee, Berlin NW 7,
 Heiligenseer Allee 15, Telefon: Heilmann 1026-29,
 in Heiligensee im Bureau oder bei Vamprecht, Heiligensee,
 Kirchhof, Teilbreite der Tegel-Heiligenseer Eisenbahn.

Freitag, den 2. September 1920, abends 6⁰⁰, 11⁰⁰
 in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Inselstr. 2-3
Versammlung
 der Elektromonteur und Helfer der
 Großbetriebe
 Sämtliche Kollegen, die in Betrieben des Verbandes deutscher
 Installationsfirmen der Zwangsvereinigung Neukölln oder in anderen
 Betrieben arbeiten, haben die Pflicht, zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.

Jnnungs-Krankenkasse der Tischler-Jnnung
 zu Berlin.
 Zu der am Montag, den 13. September 1920, abends
 8 Uhr, im Holzarbeiter-Vereinshaus, Kottbuscher
 Hof, part. links, im Sitzungssaal, stattfindenden
außerordentlichen Ausdehnung
 werden die Herren Vertreter der Jnnung und der Kollegen
 Mitglieder herzlich eingeladen.

Achtung! **Achtung!**
 für alle in Zigaretten- und Tabakbetrieben
 beschäftigten Männer und Frauen
 tagt am Freitag, den 3. September, nachmittags 4 Uhr
 im Lokal Dr. med. H. Hebert, Schützenstr. 19/21
eine interessante Versammlung
 Die Tagesordnung lautet:
 Die Bedeutung der politischen Arbeitervereine.
 Referenten: H. Hebert, H. Neumann.
 Pünktlich und zahlreich zu erscheinen ersucht Der Einberufener

Emin Pascha 30 Pfg. **Desnoli-Zigaretten** **Suez 40 Pfg.**
 nur aus reinen orientalischen Tabaken hergestellt
 Zigarettenfabrik Desnoli, Berlin N 37, Schwedter Str. 13. (Humboldt 4363 u. 1366)

Die Reichskonferenz der U. S. P. D.

(Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Abend-Ausgabe.)

Crispian (fortfahrend):

Die zweite Frage sagt, die U. S. P. nenne die Teilnahme an der Regierung Ebert-Scheidemann eine historische Tatsache, die sich aus den damaligen Verhältnissen ergeben habe. Ob es der Delegation bekannt sei, daß die größte Organisation der U. S. P., nämlich die Berliner Partei-Organisation, damals schon in Opposition zu der Teilnahme an der Regierung gestanden habe.

Die dritte Frage beschäftigt sich mit der Verantwortung der U. S. P. für die Ausweisung der russischen Vertretung aus Deutschland, u. a. wird darin gefragt, ob der Delegation bekannt sei, daß Genosse Haase die Getreideexportation aus Rußland abgelehnt habe, weil Amerika Getreideexportationen versprochen habe. Die vierte Frage bezieht sich mit den Verhältnissen in der Zeit des Generalstreiks. Die fünfte Frage enthält die Anfrage an die Delegation, ob sie es für möglich halte, daß in Deutschland die Diktatur des Proletariats so durchzuführen sei, daß Ausschüsse nicht darunter zu bilden hätten. Die sechste Frage verlangt von der Delegation Auskunft darüber, ob sie es für möglich halte, die bürgerliche Wirtschaft im Falle der Revolution aufrecht zu erhalten. Die siebente Frage verlangt von der Delegation zu wissen, welche Mittel sie zu ihrer Erfüllung zur Ausführung der Revolution ohne Bürgerkrieg anwenden wolle. Die achte Frage, die sich mit der Zukunft beschäftigt, verlangt zu wissen, mit welchen Mitteln will die U. S. P. siegen. Sie hält die Anwendung von Massenfaktionen für notwendig. In demselben auch der bewaffnete Aufruhr gemeint? Hält die Delegation ihn für notwendig, und welche Vorbereitungen hat die U. S. P. dazu getroffen?

Es sind dann noch weitere Fragen gestellt worden von Ledebour und von Meyer von den deutschen Kommunisten und von Serrati von den italienischen Sozialisten. Von einer sofortigen Beantwortung aller dieser Fragen wurde Abstand genommen, das erst in einer weiteren Sitzung geschehen. Ueber die Frage, ob die gesamte Delegation mit dem Antwortschreiben einverstanden gewesen sei, konnte keine Einigung erzielt werden. (Beibehalten Ebert! Fort! Juno! Stoed.) Crispian schildert dann ausführlich die nicht ganz einwandfreie Rolle, die der Genosse Stoedcker dabei spielte. Die Besprechung verlief ohne Resultat.

In der darauf folgenden Sitzung des Exekutivkomitees hielt zunächst Sinowjew ein größeres Referat, das die Wichtigkeit der politischen Partei hervorhob und in allen wesentlichen Teilen mit den Auffassungen der U. S. P. D. übereinstimmte.

Eine weitere Sitzung des Exekutivkomitees fand am 24. Juli statt, bei der die Leitfrage der dritten Internationale angenommen wurde. Bei der Bildung von Kommissionen wurde die Frage aufgeworfen, ob auch die U. S. P. D. hierbei mit beratender Stimme teilnehmen könne, wie dies für die Tagung des Exekutivkomitees zugestanden worden sei.

Schließlich wurde die Zulassung der Delegation zu den Kommissionen beschlossen. In einer Sitzung der Kommission zur Ausarbeitung der Aufnahmebedingungen in die dritte Internationale wurde von Kadel noch einmal das ganze Sündenregister der U. S. P. D. vorgelesen. Ebenso griff Sinowjew die U. S. P. D. an. Eine weitläufige Diskussion entspann sich über die Förderung der Bewaffnung und des Terrors. Däumig verteidigte sich in dieser Sitzung auch gegen die Angriffe einer Liste der aus der Partei auszuschließenden Genossen, da dies der Einheitslichkeit der proletarischen Bewegung große Gefahr bringe.

Hierauf sprach Trotski mit aller Deutlichkeit aus, daß man es zu einer Spaltung der U. S. P. D. bringen müsse. In einer weiteren Sitzung legte Sinowjew den Antrag Lenins vor, alle Parteimitglieder der U. S. P. D. zu Zweidritteln mit solchen Genossen zu belegen, die schon vor dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale zur dritten Internationale gestanden seien. Hierzu erklärte die Delegation geschlossen, daß solche Bedingungen unannehmbar seien. Der Antrag fand dann aber mit fünf gegen drei bei zwei Stimmenthaltungen Annahme. Gegen die Ablehnung wandte sich auch Serrati, der diese für widerspruchswoll erklärte. In einer fünften Sitzung des Exekutivkomitees sprach Sinowjew. Hierbei erklärte er es für unmöglich, mit den Rechten der U. S. P. D. zusammenzuarbeiten. Das Antwortschreiben der U. S. P. D. deute auf Ententeorientierung hin. Weiter kam er auf die französische, schweizerische, italienische und andere Parteien zu sprechen. An allen der dritten Internationale angeschlossenen Parteien übte er scharfe Kritik. Bei den meisten wurde opportunistische Politik getrieben, die sich mit den Grundgedanken der dritten Internationale unmöglich vereinbaren ließe.

Ferner machten hierbei Vertreter der verschiedenen Parteien Mitteilungen. Meyer (Deutschland) meinte, der U. S. P. D. liege die Organisation höher als die Revolution. Ledebour habe die Diktatur verworfen. Auf die Leiter der Partei seien keine Erwartungen zu setzen. Auch Däumig trat der Aufnahme der U. S. P. D. scharf entgegen. Dann sprach Crispian. Er warnte vor den auf eine Spaltung der U. S. P. D. gerichteten Hoffnungen und erinnerte an die Rede Sinowjews, in welcher er seine einzige bisher der dritten Internationale angehörenden Partei — außer der russischen — als würdig befunden habe. Die U. S. P. D. sei eine durchaus revolutionäre Partei und würde dies ungeachtet aller Beschlüsse des Kongresses bleiben. Serrati verteidigte die U. S. P. D. Sie sei in seiner Weise mit der französischen Partei gleichzusetzen. Dann sprach Lenin. Er warf vor, Ledebour verwerfe den Terror, Crispian habe gesprochen wie ein Sozialpolitiker. Däumig wies diese Angriffe dann in ihren hauptsächlichsten Teilen zurück. In Einzelheiten sei die Kritik bezüglich Sinowjew teils mit, daß Nihil und Merges von der K. A. P. D. eine Beteiligung an dem Kongreß abgelehnt hätten, weil sie die Leitfrage der dritten Internationale als opportunistisch verworfen. Wynkoff befürwortete die Thesen und meinte, nach Anhören der Genossen Däumig und Stoedcker habe er alle Hoffnungen auf die Linke innerhalb der U. S. P. D. aufgegeben.

In der 7. Sitzung sprach Bucharin über Parlamentarismus.

Am 23. Juli fand dann die zweite Vollversammlung des Kongresses statt, die über die Notwendigkeit politischer Parteien debattierte. Referent war Sinowjew, dessen Ausführungen sich völlig mit dem besten, was ich selbst einmal über diese Frage ausführte. Die politischen Parteien seien die einzigen, die den revolutionären Kampf durchführen können. Das ganze war ein U. S. P.-Referat, wie es jeder rechte Führer halten kann. Eine Rede Genkes wurde von Sinowjew als rechtssozialistisch bezeichnet, trotzdem sogar Klara Zetkin den Genossen Henke damals zu dieser Rede beifällig war. In der Diskussion sprach Genosse Serrati, er verhandele lieber mit spanischen Syndikalisten, holländischen Anarchisten als mit Scheidemann und Kautsky. In der Vollversammlung wurden die Leitfrage über die politischen Parteien angenommen.

Der 24. Juli brachte die dritte Vollversammlung des Kongresses mit dem Bericht von Sinowjew über die Leitfrage der U. S. P. D. Man wolle Syndikalisten und Anarchisten in den Reihen haben, damit sie täglich mehr Kommunisten würden. Es wurden sieben Kommissionen über die Thesen eingesetzt. Es entstand die Frage, was geschieht mit den U. S. P.-Delegierten. Sollten sie in diese Kommissionen hinein. Es war ihnen beratende Stimme zugestanden. Nur Soltan, Wynkoff, wandte sich gegen die Delegation, daß die U. S. P.-Delegation in den Kommissionen vertreten sein solle. Kadel war dafür, Guildeburg war dagegen. Die Situation war so, daß Däumig aufsprang, an das Rednerpult eilte und in den Saal domerte, er verwarf sich dagegen, daß die U. S. P. nicht als revolutionär gelten solle. Wynkoff erhob nochmals Widerspruch. Sinowjew antwortete ihm aber, daß die U. S. P. trotz ihres rechten Flügel eine große Massenpartei sei, daß aber Wynkoff in 15-jähriger Arbeit nicht mehr als 1500 Menschen um sich geschart habe. Es wurde dann beschlossen, uns an der Kommissionarbeit teilnehmen zu lassen.

Wir beschränkten uns auf die eine Kommission, in der die Anschlußbedingungen beraten wurden. Nachmals wurde dann das ganze Sündenregister der U. S. P. aufgezogen. Dikmann betrieb eine Generalschaftspolitik wie Lenin, er sei kein Revolutionär. Auf unsere Einwendung, daß die K. A. P. D. in Deutschland in der revolutionären Periode auch keine andere Politik getrieben habe als die U. S. P., erklärte Sinowjew, die K. A. P. D. habe alle Entschuldigung für sich, sie sei eine kleine Partei. Dikmann werde unter keinen Umständen in die 3. Internationale aufgenommen werden.

Meyer, der deutsche Kommunist, wies darauf hin, daß die deutsche Delegation doch gespalten sei, da Däumig und Stoedcker immer schwiegen und nur Crispian und Dittmann redeten. Dittmann wandte sich dagegen, daß in die Bedingungen aufgenommen werde, daß man den bewaffneten Aufruhr vorbereite. So etwas tut man, lege es aber der breiten

Öffentlichkeit nicht vor. Wir wollen nicht die Partei dem Kapitalismus als Feindbild ausliefern. Denn in diesem Falle wären die Massen der kapitalistischen Klassenjustiz ausgeliefert. Wir wollen nicht die Grundzüge über die illegalen Organisationen in die Bedingungen aufnehmen. Auch Däumig und Stoedcker stimmten uns bei in der Sache. Unser Einwand machte Eindruck in der Kommission. Es wurde eine Unterkommission gebildet, in der Dittmann delegiert wurde, um eine Formulierung zu finden, die auch für Deutschland annehmbar wäre. Ich selbst habe dann die Konfession Ledebours auf dem Leipziger Parteitag richtiggestellt. Was man heute in Rußland propagieren kann, wo kein ernsthafter Gegner mehr gegenübersteht, das ist in Deutschland unmöglich. Däumig spricht von den beiden Strömungen in der Partei und meint, daß der linke Flügel jetzt gestärkt sei. Er wandte sich aber entschieden gegen eine Namensliste, da sie den Anschluß unmöglich mache. Trotski hielt eine heftige Rede gegen die U. S. P., die Freiheit-Redaktion und die ganze Parteipresse. Die Spaltung der U. S. P. müsse kommen.

Trotski plädiert für das schärfste Programm, damit die Führer unschuldig gemacht werden. Wir bemühen uns in einer weiteren Sitzung, die Namensliste zu verhindern. Sinowjew brachte so leichtsin einen Antrag Lenins zur Kenntnis, daß im Zentralvorstand der U. S. P. zwei Drittel der Mitglieder nur aus solchen Personen bestehen dürfen, die schon vor dem 2. Kongreß der 3. Internationale für den bedingungslosen Anschluß waren. Wir erklärten alle vier einstimmig, daß daran alles scheiterte. Das machte Eindruck. Trotski wurde der Antrag in der Kommission angenommen. Wir nahmen an, daß der Kongreß selbst zu einer anderen Stellungnahme kommen werde und verhandelten weiter.

Am 26. Juli tagte der Kongreß weiter. Vorher war die Delegation unter sich zusammengekommen, und hier kam Stoedcker zum Ausdruck, daß Sinowjew doch nicht ganz Unrecht habe, daß Dittmann und ich unsere Partei doch zu vollkommen hingestellt haben, und daß er nicht mit uns einverstanden sei. Crispian wandte sich mit äußerster Schärfe gegen das Gebahren Stoedckers unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden. Er wies besonders auch auf die gemeinsamen Unterhandlungen Stoedckers und Wilhelm Herzogs hin, was von Seiten Herzogs, der in der Konferenz anwesend war, erregte Zwischenrufe veranlaßte. Eine scharfe Rede hielt Sinowjew gegen die politischen Arbeiterräte. Er bezeichnete sie in vielen Fällen als objektiv konterrevolutionär.

Nach diesen Sitzungen trat die Delegation der U. S. P. noch einmal zusammen, um über eine gemeinsame Erklärung zu beraten. Ein von Dittmann vorgelegter Entwurf wurde von Däumig und Stoedcker abgelehnt. Da eine Vorhänghängigkeit hierüber nicht zu erzielen war, so wurde von der Abgabe einer Erklärung ganz Abstand genommen. In diesem Moment brachte Dittmann die Mitteilung, daß von der Subkommission alle aus den Aufnahmebedingungen herausgenommenen Schärpen in weit stärkerer Maße wieder eingesetzt waren und in der veröffentlichten Form zur Annahme gelangten.

Im weiteren Verlauf des Berichts kommt Crispian auch auf den am 4. August in der „Hamburger Volkszeitung“ erschienenen Punktspruch Wilhelm Herzogs zu sprechen. Er brandmarkt solche Machenschaften als hinterhältig und verwerfend.

Zusammenfassend muß ich sagen, so fuhr Crispian fort, daß bei geschlossenem Auftreten der Delegation die Verhandlungen zu einem Ziele hätten führen müssen.

Bei der Bedingungen der dritten Internationale annehme, der müsse sich die Politik der deutschen Kommunisten zu eigen machen. Bobin das führen könne, der möge das davon erweisen, daß in Deutschland von den Kommunisten jetzt Propaganda für den Krieg gegen Frankreich entfaltet wird. Die U. S. P. habe eine Weltmission. Sozialisten der ganzen Welt schauen auf die deutsche U. S. P. Die Moskauer Internationale ist keine Internationale. Mit Ausnahme der scharf kritisierten italienischen Partei und der skandinavischen Parteien gehörten ihr nur kleine verschwindende Gruppen an. Lenin lebe in dem falschen Wahn, von Rußland aus die Weltrevolution betreiben zu können. Dieser falschen Auffassung müsse entgegengetreten werden. Unsere Aufgabe sei die Zusammenfassung des gesamten revolutionären Proletariats. Nichts sei seinem Kampfe um die Befreiung gefährlicher als der Zerfall in Sekten.

Genosse Crispian schloß seinen zweieinhalbstündigen Ausführungen in der Zuversicht, daß die unabhängige Sozialdemokratie auch diese Krise nicht nur überleben, sondern klarer, geschlossener und einiger denn je aus ihr hervorgehen werde (Beibehalten Beifall).

Die schwere Stunde

Roman

von Victor Panin

Wiese weinten, schluchzten laut und hysterisch . . . und über meinen Wangen rollten Tränen hinunter . . . In diesem Augenblicke war ich einem Wahnsinnigen gleich; meine Seele war voll Entzücken, das an Ekstase grenzte, ich vergaß meine ganze graue, qualvolle Vergangenheit, und mit einem nach innen gerichteten Blick umfaßte ich die ganze Erde, das von einem neuen, buntglühenden Licht bestrahlte Leben. Lange noch zerrten sie mich hin und her, umarmten sie mich, küßten mir die Hände, die Wangen, ich fühlte aber nichts. Ich war wie im Traum, von einer Ekstase ergriffen, ich war von diesem Leben abwesend, ich schwebte hoch . . . Plötzlich drang in das Dämmerlicht, das in der Gefängnis-Kanzlei herrschte, ein leises Abendgeläute, das die Schatten aufleuchtete, sie in Schwingung versetzte; es tönte weich an meine Brust, mich zum Leben rufend. Ich schaute umher, alle waren fortgegangen, die Kanzlei war leer, und von Abendsonnen angefüllt, erschien sie so ungemütlich . . . Aber der Klang der Glocken von einem entfernten Kirchenturm strömte und strömte immerfort, — es war ein leises Abendgeläute, welches in meiner Brust neue, mir bisher unbekannte Saiten erklingen ließ.

Ich fühlte, daß ich niedergebroschen war, ich empfand ein Gefühl, als hätte jemand meine Seele mit heilsamem Wasser gewaschen, als sei ich dadurch reiner, besser, gütiger geworden. Und ein so freudiges Licht erleuchtete, leise brennend, meine Seele, und ich fühlte so deutlich das unlösliche Band, das mich mit der ganzen Menschheit vereinigte. Und ich wollte die ganze leidende Welt umarmen, an meine Brust drücken und voller Reue sagen:

„Ich bin dir ja nicht ein Wolf, sondern ein Bruder, ein lieblicher Bruder, der bereit ist, sein ganzes Leben dir zum Opfer zu bringen, der bereit ist, zu leiden und zu kämpfen, um dir das Glück zu erobern . . . Die Stunde deiner Geburt sei gesegnet!“

Das Abendgeläute tönte und tönte immer fort, traurig andächtig über der verwundenen Erde schwebend, die ermüdeten und vor Kummer und Gram gebeugten Menschen an andere, ferne, lichte Welten erinnernd . . .

Instinktiv fiel ich auf die Knie nieder, kreuzte beide Hände über der Brust und andächtig den Kopf gebeugt, verschmolz ich, ohne Gedanken, ohne Worte, mit dem Geiste der Erde,

der mit erhabener Macht das Leben geschaffen hat, und die Menschen auf den unbekannten Wegen leitet. . .

„U—uh?“ erweckte mich ein sonderbarer Ausruf, der von der Tür der Kanzlei herüberschallte, „ist da jemand?“ hörte ich Ojas Stimme, „Ach Gott, ich sehe ja gar nichts!“ fügte sie hinzu, tastend in die fast dunkle Kanzlei tretend.

Ich nahm meine Kräfte zusammen, stand eilig auf, betastete die Wand, um den elektrischen Knopf zu finden. Außer Atem lief Oja auf mich zu, erfaßte meine beiden Arme über dem Ellbogen und sagte, sich überhastend und stöhnend:

„Komme schnell, Wowa ruft dich!“ und ohne mir Zeit zu geben, zur Besinnung zu kommen, zog sie mich zur Türe hin.

Ich fragte: „Stirbt er?“

Berlegen wandte sie den Kopf weg, schüttelte aber verneinend den Kopf und fügte mit bebender Stimme hinzu:

„Was fällt dir ein . . . er ruft bloß!“ Sie blickte auf mich, ich hatte keine Mühe auf, sie ging selbst, sie zu suchen, konnte sie aber nicht finden. Dann kehrte sie zu mir zurück, trat dicht an mich heran.

„Komm! Ich will dir wenigstens die Haare zurechtlegen“, und mit ihren dünnen, abgemagerten Fingern begann sie meine zerzausten, grauen Haare zu glätten. Plötzlich trat sie einen Schritt zurück, schlug die Hände zusammen, und verflocht die Finger.

„Was fehlt dir? Du hast ein so merkwürdiges Gesicht!“ sagte sie, trat wieder einen Schritt nach vorne, beugte sich dicht über mein Gesicht und fügte hinzu:

„Das Gesicht eines Heiligen!“

Auf dem Heimwege erzählte ich ihr, wie ich die Türen des Gefängnisses geöffnet habe; der Zustand der Begeisterung verließ mich nicht, ich konnte die Wirklichkeit nicht verstehen, nicht erfassen.

Es kam mir ganz unmöglich vor, daß Wowa in diesem Augenblicke sterben könne . . . Wenn die Türen der Gefängnisse sich öffnen, wenn die Besten reifen, wenn die Gräber sich aufrufen, wenn der bisher tote Mensch aufersteht, dann ist es doch nicht möglich, daß Wowa, mein Wowa, stirbt! . . . Der Tod ist ja weit zurückgetreten, der Tod ist nicht mehr möglich, da der Auferstandene den Tod besiegt hat . . .

Ich redete so zu Oja, aber sie zog mich, meinen Arm haltend, kräftig und eilig vorwärts, wobei ich zuweilen über die Schneehaufen auf dem Trottoir stolperte. Järrlich und mütterlich wiederholte sie von Zeit zu Zeit:

„Komm nur, komm, mein Guter, gequält bist du, das Leben hat dich arg mitgenommen“, und so viel Mitleid und Tränen waren in diesen Worten verborgen.

In der Stube des Hausnechtes traf ich den Arzt an, der gerade im Begriff war, fortzugehen. Schweigend, fragend

blickte ich ihn an. Schweigend brückte er mir fest die Hand, judte die Achseln, als wolle er eine Last abshütteln, und sagte, indem er vermied, mir in die Augen zu sehen:

„Was kann ich da helfen? Du weißt ja selbst, daß es schlecht geht, hier ist keine Krankheit, das ist Hunger. Wenn man ein wenig Milch oder Eier herbeischaffen könnte . . .“

Ich trat an Wowa Bett, das schwach durch das Licht der kleinen Petroleumlampe erleuchtet war. Er warf sich im Fieber hin und her, bald unendlich phantasierend, bald schwer, herzzerreißend stöhnend. Das Kindernäschen hatte sich zugespitzt, die bleichen Wangen sind tief eingesunken, und ich sah, wie an der Stirne die Haut an den Knochen klebte, die kleinsten Adern unter der Haut waren ganz deutlich zu sehen. Ich sagte ihm bei der Hand, ich rief ihn bei seinem Namen, aber er erkannte mich nicht. Und in diesem Augenblicke wurde es mir zum ersten Male im Leben klar, wie ein ungeschuldiges Kind vor Hunger sterben kann. In meiner Seele war weder Empörung, noch Haß, noch Bosheit . . . Es war, als hätte man alles aus meiner Brust ausgeschnitten, alles herausgenommen, leer war es dort, ich hatte nichts mehr, womit ich fühlen konnte, ich hatte nichts mehr zu fühlen. Ich dachte:

„Hat wohl Clemenceau auch einen vor Hunger sterbenden Sohn? Wenn man ihn hierher führte und ihn an Wowa Bett stellte, würde sich dann vielleicht das Herz dieses alten Henters erweichen, würde er wohl meinen Wowa ein Stück Brot geben? Ein Stück Brot und ein wenig Milch würden genügen, um das Leben meines Jungen zu retten . . .“

Der Gedanke an Milch durchjudete mich. Ich dachte: Ich bin ja der Vater, ich muß kämpfen, ich werde versuchen, meinen Wowa zu retten, ich werde Milch für ihn finden. Ja, unbedingt werde ich welche finden, — und ich stürzte nach meiner Mühe zu suchen, als sei das die allerwichtigste Sache in diesem Augenblicke, als hinge davon die Lösung der Frage ab. Ich konnte aber meine Mühe nicht finden.

„Was suchst du?“ fragte Oja.

„Meine Mühe!“

„Du hast sie ja im Gefängnis vergessen!“

„Ja, du hast recht!“

Da suchte ich auf dem Kleiderhaken nach der Mühe des Guten Menschen, küßte sie auf und ging zur Türe. Oja stürzte mir nach; unter dem Torbogen, in der Dunkelheit, hängte sie sich an meinen Arm, mich zurückhaltend: „Wohin?“

„Lass mich, ich gehe nach Kolomna zu, ich werde Milch finden, verstehst du, er braucht Milch, der Junge wird ja ohne Milch sterben!“

„Ob du wohl welche finden wirst?“ sagte sie mit zweifelnder Stimme, ohne meine Hand loszulassen.

(Fortsetzung folgt.)

Däumigs Referat

Als Korreferent spricht Däumig. Aus der ganzen politischen Konstellation der Welt und insbesondere Deutschlands habe sich für ihn die Notwendigkeit des Anschlusses an die dritte Internationale ergeben. Crispian habe mit aller Sorgfalt das Zusammengetragen, was gegen den Anschluß sprechen könne. Genosse Crispian habe daher nachdrücklich auf die Uneinigkeit der Delegation hingewiesen. Gegenüber den von Crispian eingeholten Bemerkungen gegen Stoecker erkläre er sich solidarisch mit Stoecker. Durch die Aussage Crispians, insbesondere durch seinen Bericht, sei nun Klarheit geschaffen. Die Aufnahmebedingungen haben Geltung für alle Parteien und sind nicht nur für die U.S.P. zusammengestellt worden. Däumig unterzieht die politische Lage einer näheren Betrachtung. Es sei Tatsache, daß augenblicklich Rußland in der dritten Internationale ein Übergewicht besitze. Vom marxistischen Standpunkt aus sei gegen die Thesen der dritten Internationale kaum etwas einzuwenden. Die Position der Delegation wäre sicherlich besser gewesen, wenn sie mit einer einheitlichen Willenserklärung hingegeben wäre. Wir haben in Moskau gesehen, daß ein Auseinandergehen von Sowjetrußland und den Problemen der dritten Internationale nicht in Frage kommen kann. Die große Masse in Rußland sei natürlich nicht bolschewistisch durchgebildet. Es sei falsch, den russischen Kommunisten wegen ihrer Agrarpolitik Opportunismus vorzuwerfen. Cachin und Trotski hätten erklärt, daß, wenn in Leipzig die U.S.P. den Anschluß an die dritte Internationale beschließen hätte, auch der französischen Partei die Entschlüsselung erleichtert worden ist. Deutschland sei heute das Vorzeiland im Kampfe des Ententekapitals gegen den Bolschewismus geworden. Aus dieser Tatsache blühten sich die schwersten Konflikte ergeben. Die Partei dürfe sich nicht länger zum Garanten des Versailler Friedensvertrages hergeben.

Cachin und Trotski bilden den Beweis, wie wenig die Russen sich an Vorurteile klammern. Cachin gehörte während des Krieges zu den entschiedensten Kriegspolitikern und reiste im Auftrag der französischen Regierung nach dem damals zaristischen Rußland. Cachin hat erklärt, daß er die Spaltung seiner Partei wünscht, wobei man berücksichtigen muß, daß in der französischen Partei noch die Scheidemannier vorherrschen. Däumig wendet sich gegen die Darstellung Crispians, daß die bekannten Namen ausgeschlossen werden müßten. Die russischen Kommunisten hätten erklärt, daß sie das den Parteien überlassen. (Heftige Unruhe und Zwischenrufe: Das steht doch in den Bedingungen.) Däumig stellt die Behauptung auf, daß die Moskauer kein formaljuristisches Heiligrecht über die Genossen besäßen. (Erneute Zwischenrufe.) Es wird allerdings eine theoretische Klärung der Partei verlangt. Die weitere Entwicklung wird ja zeigen, ob meine oder Crispians Auffassungen richtig sind. Aber wir können nicht unteilhaft zusehen, wir müssen aktiv eingreifen. Das Berühmte und Versandene der revolutionären Entwicklung in Deutschland ermdet es dem Weltkapitalismus, gegen Sowjetrußland vorzugehen. Es ist einfach unbedenklich, daß in Zukunft nach einem vollzogenen Anschluß eine Restvergütung in Auseinandersetzungen mit der U.S.P. vor sich gehen kann. Ich will gerade unsere starke Partei in die 3. Internationale bringen, um mit ihrem Schwergewicht auch die Politik der deutschen Kommunisten zu beeinflussen. Allerdings in der 3. Internationale kann eine Meinungsfreiheit im alten demokratischen Sinne nicht herrschen. Jeder die Grundlagen darf es keine Meinungsverschiedenheiten geben, wobei selbstverständlich über organisatorische und taktische Dinge diskutiert werden kann.

Däumig erklärt, daß er nach wie vor dabei bleibt, daß die Forderungen auf strikte Zentralisation und Organisation vordringlich sind und alle anderen Fragen so aufgeschoben werden müssen, wie sie die Massen erfassen, nämlich als Entwicklungssache. Organisationsformen sind historisch bedingt. Unsere freiere Organisation gegenüber dem bürokratisch-revolutionären Zentralismus der alten Partei hatte deshalb ihre Berechtigung. Die Frage der Organisation betrifft aber alle Parteien und wir haben zu prüfen, ob die ausländischen Parteien uns nicht auch hierin wieder vorzuziehen. Alle Thesen sind in marxistischem Geiste getragen, bringen allen Parteien crasse Verpfichtungen. Däumig weist besonders auf die Thesen über die Kolonialpolitik hin, die die Parteien der Kolonialländer verpflichten, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Er weist auch weiter auf die Erschütterung der englischen Welterschaft in Afrika hin, die es mit sich bringt, daß man in der dritten Internationale mit Parteien und Personen zu tun hat, die nicht als sozialistische anzusprechen sind. Die französischen und englischen Parteien haben nicht die geringsten Erfahrungen in der illegalen Organisation.

Däumig schildert dann die Umstände, wie in der letzten Sitzung plötzlich alle jene Schärpen wieder in die Bedingungen kamen, die vorher entfernt wurden. Nadel habe zugegeben, daß sei vorzugsweise wegen des Verhaltens der Genossen Crispian und Dittmann geschehen. Wir haben seit den Russen gegenüber die Verantwortung für unser Antwortschreiben übernommen. Aber nach der neuen Situation bin ich der Ansicht, daß die Partei klar und scharf ihren Standpunkt präzisieren. Es heißt jetzt Stellung nehmen: für oder gegen die dritte Internationale. Für mich kann es nur heißen: für die dritte Internationale. Voraussetzungen für den Anschluß ist natürlich das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und deren Vorbereitung. Aber der Parteitag muß sich erklären, ob die Richtung Kautekys, Hilferding immer noch in der Partei eine Rolle spielt. Die Russen weisen daraufhin, daß die Auffassung Kautekys immer noch gilt als die Ansicht der Unabhängigen Partei Deutschlands, daß sie gelte zur Rechtfertigung Judenitz, Demitz, Kollschals u. a.

Däumig setzt sich auch mit Hilferding auseinander, der die internationale Verbindung skeptisch betrachtet. Hilferding hat die Partei nicht in konsequenter-revolutionärem Sinne gefährt. (Zuruf: Däumig ist doch Vorstehender.) Ja, aber Hilferding nimmt an allen Sitzungen teil und beeinflusst sie entscheidend. Hilferding hat die Verantwortung der Wäite in der Verfassung propagiert, er hat auf dem Leipziger Parteitag Ausführungen über die Weltlage gemacht, die durchaus nicht der Situation entsprachen, er hat im März die Verhandlungen mit Begien geleitet und mit dazu beigetragen, daß der Generalkongress abgebrochen wurde. Nach der Klärung der theoretischen Grundlage der Partei wird die Brücke geschlagen sein, die uns mit der 3. Internationale verbindet. Ueber die Einzelfragen hinaus steht für mich fest, daß an der Tatsache des Anschlusses selbst nicht gerüttelt werden kann. Ich für meinen Teil bleibe unbedenklich um alles bei der festen Überzeugung, daß das Schicksal der deutschen Revolution, der Weltrevolution, der Unabhängigen Partei wird eng verbunden sein mit der 3. Internationale.

Dittmanns Referat

Als Dritter spricht Gen. Dittmann: Ueber den größten Teil der Ausführungen Däumigs besteht innerhalb der Partei keine Zweiheit. Wir sind vom ersten Beginn der Radikalisierung der Bolschewisten an für ihre Unterstützung eingetreten. Aber es gibt Genossen, die schon jede Kritik an deren Politik als Verrat betrachten. Es ist notwendig, daß man sich über die Grundlage der bolschewistischen Herrschaft klar werde und daß man prüft, ob diese selben Grundlagen auch in den anderen Ländern gegeben sind. In Rußland sind durch die Schuld des Zarenismus 75 Prozent der Bevölkerung stumpf und dumm, deren Interessen größtenteils durch Gewährung von Vorteilen (Zunehmung von Land, Entschuldig von der Steuerpflicht usw.) befriedigt werden konnten. Die russischen Führer hätten selbst zugegeben, daß diese Massen keine Kommunisten sind, sondern noch von agrarischen, kleinbürgerlichen Anschauungen befangen sind. Ein Klassenbewußtes Industrieproletariat habe es in Rußland nicht gegeben. Als dann nach der Radikalisierung durch die Bolschewisten Lenin die Parole zur Enteignung der Enteigneten herausgab, folgten diese stumpfen Massen dieser Aufforderung natürlich sofort. Aber auf diesem Wege ließ sich kein Kommunismus aufbauen. Daher werde jetzt versucht, diesen von oben zu betreiben. Das habe zu einem ungläubigen Anschwellen des Beamtenapparates geführt. In den russischen Bureaus, wie im Heere, seien die reaktionärsten Beamten und Offiziere tätig, die eine blühende Bedrohung der

Sowjetmacht bilden. Die Kulturlosigkeit und die Passivität der breiten Massen bilde die Grundlage Sowjetrußlands.

Rußland brauche zu seinem Weiterbestand die Weltrevolution. In besonderen Erwarte Rußland von jeder Krise eine internationale Zuspitzung. In der ersten Sitzung habe Lenin in den einschlägigen Worten gesagt, daß die von ihm aufgestellten Thesen nur eine Vorbereitung des russischen Versuchs zur Ausbreitung des Kommunismus bedeuten. Ueber die Voraussetzungen in Westeuropa, insbesondere in Deutschland seien vollständig verschieden von denen Rußlands. Vor allem seien die Arbeitermassen in Deutschland weiter durchpothisiert und niemals mit den Massen Rußlands zu vergleichen. Das deutsche Proletariat würde darum die Diktatur einer kleinen Führerschicht ablehnen und sich gegen die ihm zugemutete Selbstauskultung auflehnen.

Wohin solche Diktatur der Internationale führen muß, das zeige ein Beispiel der österreichischen Kommunisten. Diese hätten beschlossen, sich an den nächsten Wahlen nicht zu beteiligen. Lenin und Trotski hätten diesem Beschluß zugestimmt, aber das Exekutivkomitee habe anders entschieden und den österreichischen Kommunisten die Beteiligung angeordnet. Aus Gesprächen mit Lenin sei außerdem hervorgegangen, daß dieser über die Lage in Deutschland völlig falsch orientiert sei. So habe er der Delegation scharfe Vorwürfe wegen ihrer Haltung beim Kapp-Putsch gemacht und die Auffassung geäußert, es hätte diese Situation zur Machtgreifung durch das deutsche Proletariat ausgenutzt werden müssen. Mehrere Parteien, welche ihren Anschluß an die 3. Internationale beschlossen hätten, seien abgewiesen worden. Darunter die Bulgaren, die Amerikaner um Debs, Hillquit und Berger. Warum? Weil dort eine kleine kommunistische Gruppe bestünde, die wohl kaum jemals aus ihren Schattenseiten herausgelange.

Wenn Däumig gesagt habe, man liefere durch die offenen Darlegungen über Rußland Material für die antibolschewistische Liga, so sei demgegenüber zu erklären, daß dann jedem Genossen der Mund verstopft würde. Es ist notwendig, daß das deutsche Proletariat vor Enttäuschungen bewahrt bleibe und daß die Delegation offen und frei über ihre Erfahrungen und Feststellungen in Rußland berichte.

In seinem Referat erklärte Sinowjew, daß die dritte Internationale das Zusammenarbeiten mit dem „rechten“ Flügel der U.S.P. D. ablehne. Daraus geht hervor, daß die Darlegungen Däumigs und Stoeders, als sei an einen Ausschluß von Mitgliedern der U.S.P. D. nicht gedacht worden, irrig sind. Die Frage heißt nicht: für oder gegen die dritte Internationale, sondern die Frage sei: für oder gegen diese Aufnahmebedingungen.

Wir wünschen eine Formulierung der Thesen, die wir in Deutschland vertreten und die wir auch erfüllen können. Gerade im Hinblick auf die Weltrevolution dürfte die einzelnen Parteien die Autonomie nicht genommen werden. Die eigene Entscheidungsfähigkeit und Handlungsfreiheit dürfe ihnen unumgänglich genommen werden. Aber in Moskau wolle man die Spaltung der U.S.P. D. Wenn Däumig und Stoeder sich dieser Ausschaltung unterwerfen, ist das ihre Sache, aber ich muß eine solche Unterwerfung als Revolutionär und Proletarier ablehnen. Wir wollen aus unserer Partei keine Sekte machen. Wir wollen den Zeitpunkt unseres Handelns selbst bestimmen und uns diesen nicht von einer bestimmten Stelle vorschreiben lassen. Wir sind bereit, mit allen revolutionären Parteien zusammenzugehen, aber wir dürfen uns nicht irgend einer Parteiführung unterwerfen. (Lebhafte Beifall.)

Stoeders Rede

Darauf ergreift der Genosse Stoeder das Wort. Er hält die Artikel und Ausführungen Dittmanns für unverständlich und vermisst an ihnen die Größe der Auffassung für das, was die russischen Genossen geleistet haben. (Es erhebt sich große Unruhe über Stoeders Neujerungen.) Er hält es für eine platte Selbstverständlichkeit, daß die russischen Formen nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen werden können. Die Voraussetzungen für die proletarische Diktatur in Deutschland sind ganz andere als in Rußland. Es kommt darauf an, aus den Lehren der russischen Revolution die Schlüsse für die deutschen Verhältnisse zu ziehen. Die Russen haben gerade in letzter Zeit ihre Propaganda mit Erfolg auf das Land getragen, weil sie wissen, daß das zur Erhaltung der revolutionären Errungenschaften notwendig ist.

Es bestand von je ein Unterschied zwischen der deutschen und russischen Betriebsführung, und das ist durch den ständigen Krieg nicht besser geworden. Stoeder wendet sich scharf gegen Obergs „Briefe aus Sowjetrußland“, die alles kleinliche und lässliche mit Fleiß zusammengetragen. Wir, Däumig und ich, haben in Leipzig schon erklärt, daß uns nichts Grundlegendes trennt von der dritten Internationale. Stoeder wendet sich gegen Crispian und stellt richtig, daß er und Däumig sich am ersten Tage an den Arbeiten des Kongresses beteiligt haben. Die Verständigung scheiterte nicht an der Verantwortung für das Antwortschreiben. Die Russen fragten uns, ob es denn richtig sei, daß unsere Partei völlig einig sei, oder ob keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Stoeder verliest das Antwortschreiben, das er und Däumig entworfen haben. In diesem Schreiben werden die Strömungen der Partei, die sich um die Begriffe Demokratie — Diktatur — Rätesystem bilden, klärt. Es ist in diesem Schreiben auch die Erklärung über die Verantwortung für das Antwortschreiben an das Exekutivkomitee der dritten Internationale enthalten. Die Erklärung besagt, daß das Antwortschreiben unter Zustimmung des ganzen Zentralkomitees zustande gekommen ist.

Stoeder nimmt die russischen Kommunisten gegen den Vorwurf des Opportunismus energisch in Schutz. Er hat den Eindruck, daß die Russen auf unsere Partei viel Wert legen, daß sie aber befürchten, daß die reformistischen und opportunistischen Elemente ihren Einfluß behalten. Sie wollen mit Recht verhindern, daß es so wird wie in der zweiten Internationale. Von den Bedingungen ist in Deutschland ein Zerstückel dargestellt worden, das kaum zu glauben ist. Stoeder polemisiert andauernd gegen Dittmann und dessen Auslegung der Aufnahmebedingungen. Er hält den Beschluß des Exekutivkomitees, daß die Destruier sich gegen ihren Willen an den Parlamentarierwahlen zu beteiligen haben, für durchaus gerechtfertigt. Es handelt sich nicht um den demokratischen Grundcharakter unserer Organisation. Es handelt sich darum, daß die Russen in dreijährigem Kampf diesen nur bescheiden konnten durch die strikte Zentralisation in der Partei. In Rußland ist keine Bonzenwirtschaft. Es gibt keine Partei, die lobel Beizels- und Kreislonferenzen abhält, wie die russischen Kommunisten.

Stoeder geht dann auch zur Frage der illegalen Organisation über. Wir stehen heute in einer Situation, wo das Bürgerium sich wenig daran stört, ob wir illegale Organisationen haben oder nicht. Die Staatsanwälte pfeifen auf die Legalität oder die Illegalität, wenn es sich um Revolutionäre handelt. Die entscheidende Frage ist: Werden wir eine revolutionäre Partei, die sich nicht darauf beschränkt mitzugehen, sondern die Massen führt, dann gibt es kein Hindernis für den Anschluß. Das ist der schärfste Kern, um den es sich handelt. Stoeder übt heftige Kritik an der Schreibweise der „Freiheit“, der „Leipziger Volkszeitung“ und einen Teil der Parteipresse. Er wird heftig unterbrochen, als er die Aufgaben der Redaktion darlegt, die so seiner Meinung nach haben müßten. Die Frage der proletarischen Diktatur ist ein Kampfbegriff, um das wir ringen. Daraus muß alles zu gespielt werden. Wir wollen Offenheit in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Frage des internationalen Bürgerkrieges steht sehr nahe vor uns, auch die politische Entscheidung in Deutschland. Wir wollen die Gewalt nicht vermeiden, nein, wir brauchen sie, wir fordern unsere Parteigenossen auf, mit Gewaltmitteln gegen die Bourgeoisie vorzugehen.

Es handelt sich auch darum, Stellung zu nehmen gegen alle pazifistischen Illusionen. Wir waren keine vorwärtsdringende Partei. Auf Grund der ökonomischen Verhältnisse brauchen wir eine Partei, die klar und deutlich ihre Richtlinien ausgibt. Ich billige durchaus den Beschluß der Exekutive, daß die Elemente, die grundlegend auf einem anderen Standpunkt stehen, die Partei verlassen. Man muß klar und offen aussprechen, daß Kautekys nicht mehr in unsere Partei gehört, trotzdem ich ihn persönlich ansehe und viel von ihm gelernt habe. Nach der Rede des Genossen Crispian sieht die Sache nicht mehr auf Anschluß, sondern

auf Kampf gegen die dritte Internationale. Wir sind der Ansicht, daß die dritte Internationale eine wahre internationale ist. Die Italiener, die Norweger, die Bulgaren, die Serben, in ihren Ländern die entscheidenden sozialistischen Parteien. Die Erklärungen Cachins und Trotskis habe ich und der Genosse Däumig die feste Überzeugung, daß die französische Partei sich der dritten Internationale anschließen wird.

Wir stehen in Wäite vor den entscheidenden Kämpfen. Deshalb sage ich: So sehr wir im einzelnen gegen die Bedingungen sind, der Zusammenschluß mit der dritten Internationale ist ein hundertmal wichtiger als unbedeuten Bedingungen. Wir brauchen eine große, harte Sektion der dritten Internationale. Wir werden den Kampf mit aller Energie und aller Entschiedenheit führen. (Beifall.)

Genosse Dittmann stellt in einer persönlichen Bemerkung verschiedene Neujerungen Crispians und Stoeders richtig. Darauf wird die Konferenz auf Donnerstag vertagt.

Zum Kampfe um die Moskauer Bedingungen

Von Leo Nach.

Nichts wäre schädlicher als mit vorgefaßter Meinung die Moskauer Aufnahmebedingungen heranzugehen. Vor allem ist es unerlässlich, sich über die Lage des deutschen Proletariats klar zu sein. Täuschen wir uns auch nur über eine oder zwei Bedingungen, so könnte dies verhängnisvoll werden. — Der Bedingungen Rest, wird zunächst von der Schärfe des Anschlusses berührt sein, hingegen wird die Prägnanz der Bedingungen uns zweifellos Achtung abnötigen. Ein ganz anderes Gesicht bekommt die Sache, wenn wir prüfen, ob unsere Moskauer Freunde selbst die Bedingungen restlos erfüllen, die sie bei Etablierung der — sagen wir — kommunistischen Weltpartei den Genossen heischen glauben auferlegen zu sollen. Hierzu ein paar grundsätzliche Bemerkungen.

Die Stabilisierung der Sowjets war nur dadurch erreichbar, daß sie den obersten Fundamentalsatz des Kommunismus — die Abschaffung des Eigentums — drei man außer Acht lassen. Einzig und allein dadurch, daß sie den verhassten Grundbesitz durch den von den politisch rückständigsten Elementen heil begehrten Kleingrundbesitz ersetzen, konnten sie überhaupt nur zur Macht gelangen und wenn nicht alle Zeichen trügen, kommt diese Macht sofort ins Rutschen, sobald sie erkennt, und eingestehen, daß man sich an Geist und Sinn des kommunistischen Programms als allerschwerer vergangener geworden, kann doch unmöglich aus der Welt talmudisiert werden.

Und dennoch konnten sich die Moskauer Freunde den Punkt ihrer Aufnahmebedingungen nicht verweigern. Dort wird die systematische — und was genau daselbst ist — planmäßige Agitation auf dem flachen Lande gefordert. Die Arbeiterbewegung vermag nicht zu siegen, wenn sie nicht die Landproletarier wenigstens einen Teil der ärmsten Bauern an sich bindet und die Neutralität eines Teils der übrigen Dorfbevölkerung durch ihre Politik gesichert hat. Das alles fordern wir uns dieselben Männer, die durch ihre Politik des letzten geraden Segens ihre Macht begründet haben. Wir sollen nach Punkt 9 verpflichtet sein, die — Wankelmütigkeit der „Zentrums“ zu entlarven. Wir sollen nach Punkt 13 die Partei von den „einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen“ säubern. Und wissen und lehren, daß die Proletarierbewegung des Kleinbürgerums reichende Fortschritte macht und uns immer neue Scharen in die Arme treibt. Ja, liebe Moskauer Freunde, das versteht, wer muß!

Der Fragen gibt's fast kein Ende. Wie kommunistisch und revolutionär erachtet durch Mannesehrenwort, hat sich der Sowjetgenosse, Wigdor Kopp, noch am 24. August zu einem Fragefrager des „Berliner Tageblattes“ geäußert? „Wir können nicht feststellen, daß wir aus wirtschaftlichen Gründen, von diesen Gründe bestimmen uns, einen russisch-polnischen Frieden herbeizuführen... daß wir an einen inneren Aufbau unseres Landes streiten werden, ohne in die Politik der westlichen gelegenen bürgerlichen Staaten einzugreifen... daß wir bei einem günstigen Abschluß der Ministerverhandlungen auf einen baldigen, allgemeinen Frieden mit den westeuropäischen Staaten rechnen können.“ — Der Aussteller warf hier ein, in gewissen deutschen Kreisen bestünde die Befürchtung, daß Rußland sich bei einem eventuellen Friedensschluß mit Deutschland nicht zur Einhaltung einer wirklichen Neutralität, das heißt zur Enthaltung von allen politischen Interventionen und Agitationen bereit erklären würde. Er erinnerte dabei an den Fall Rußlands, der einen deutschen Beweis für die Auffassung Sowjetrußlands von politischer Neutralität bilde. Ich kann Ihnen darauf nur erwidern — bemerke Herr Kopp, daß unsere Friedensabsichten durchaus ehrlich sind, und wir, da es wirtschaftliche Garantien überhaupt nicht gibt, uns auf die Vermeidung zwischen dem deutschen und dem russischen Vertreter verlassen müssen. Wir hoffen, daß man einem Mannesehrenwort glauben wird. Dazu kommt noch in diesem Falle, daß der Bolschewismus durchaus nicht, wie immer irrtümlich behauptet wird, an eine rapide Revolution in allen Staaten gebunden ist und wir die ruhige Entwicklung der Dinge abzuwarten wohl imstande sind!

Ich habe diese Rekrimation hierher gesetzt, um zunächst den deutschen Genossen die Moskauer Freunde bei der praktischen Arbeit zu zeigen und zum andern, um bei den einsehenden Verhandlungen wohlworbereitet die Verständigung betreiben zu können. Hierbei darf ich betonen, daß die ob der Aufnahmebedingungen etwas verärgerten Genossen keineswegs Gegner des Eintritts in die 3. Internationale sind. Beileibe nicht! Nur erheben wir Anspruch darauf, daß mit gleichem Maße gemessen und die deutschen Arbeiterbewegung, die es heillos schwer hat bei ihrem eingeschlossenen Ringen um die Forderung der Weltrevolution, nicht Felsblöcke in den Weg gewälzt werden.

Die norwegische Sozialdemokratie und die dritte Internationale

Von einem norwegischen Genossen wird uns zur Information mitgeteilt: In Norwegen besteht seit Jahren die Eigentümlichkeit, daß die sozialistische Parteiorganisation auf den Gewerkschaftsbereichen aufgebaut ist. Damit steht es vielleicht in Zusammenhang, daß die Partei immer mehr von dem Gedanken der direkten Aktion beeinflusst ist, obwohl diese Beeinflussung bis jetzt sich nicht in weitgehenden praktischen Maßnahmen geäußert hat. Auf dem Parteikongress in Christiania 1919 erklärte sich die Partei mit großer Mehrheit für den Anschluß an die dritte Internationale, doch unter Vorbehalt ihres stark antimilitaristischen Programms. Zur selben Zeit bildete sich eine antibolschewistische Opposition innerhalb der Partei, die ihr eigenes Zeitungsorgan „Arbeiterpolitik“ hat.

In letzter Zeit scheint die Stimmung für eine vollständige Trennung innerhalb der Partei immer größer, obwohl es für die Parteipolitik eine schwere Aufgabe sein wird, eine selbständige sozialdemokratische Partei zu bilden. Nach dem Moskauer Kongress hat „Arbeiterpolitik“ sich offen für eine Trennung erklärt und das sozialistische Hauptorgan „Sozialdemokraten“ scheint zuzustimmen zu sein, die „Konterrevolutionäre“ los zu werden.

Gewerkschaftliches

Betriebsräte und Gewerkschaften

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine außerordentliche Generalversammlung der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, Berliner Verwaltungsstelle, am 27. August in der Brauerei „Königsplatz“.

Die Versammlung, die einen sehr stürmischen Verlauf nahm, gelangte schließlich dazu, die bisherigen beiden Bevollmächtigten Siegle und Zitzel sowie zwei weitere Beamte, die sich gegen selbständige Betriebsräteorganisationen ausgesprochen hatten, abzulehnen. Von der Ortsverwaltung wird uns darüber noch das folgende berichtet:

Die Frage, selbständige Betriebsräteorganisation oder Eingliederung derselben in die Gewerkschaften, ist in unserer Organisation von ganz entscheidender Bedeutung. Im April dieses Jahres hatten die Funktionäre der Organisation Richtlinien beschlossen, die für die zukünftige Tätigkeit der Verwaltung maßgebend sein sollen. In diesen Richtlinien war auch die Selbständigkeit der Betriebsräteorganisation festgelegt.

Da die gesamte engere Verwaltung bei ihrer Neuwahl sich auf den Boden dieses Programms stellte und die Neuwahlen sich dementsprechend vollzogen, war die Tätigkeit der Verwaltung klar umrissen.

Die Funktionäre haben in dem Streit um die Zusammenfassung der Betriebsräte die Tätigkeit der Verwaltung ganz besonders verfolgt und glauben die Tatsache festzustellen, daß nicht im Sinne der damals festgelegten Richtlinien gehandelt wurde und stellen deshalb an die Verwaltung folgenden Antrag:

Die Generalversammlung wolle beschließen:

Diejenigen Mitglieder der engeren Verwaltung, welche die Auffassung vertreten oder vertreten haben, daß die Erfassung der Betriebsräte einzig und allein durch die Gewerkschaften geschieht, haben gegen die programmatische Erklärung, welche sie als Mitglieder der U. S. P. oder A. P. D. bei ihrer Wahl abgegeben haben, per U. S. P. oder A. P. D. und eine am 19. April 1920 von den Vertretern der Verwaltung einstimmig angenommene Resolution Löbmann haben das Aktionsprogramm beträtigt und die Selbständigkeit der Betriebsräteorganisation anerkannt. Wegen dieser Verträge spricht die Generalversammlung den in Frage kommenden Kollegen die schärfste Mißbilligung aus.

Die Erfassung der Betriebsräte nach den Richtlinien des Gewerkschaftsbundes (Zentr. Arbeitstg.) vereinbart sich nicht mit der grundsätzlichen Auffassung der Wähler.

Der Begründer des Antrages, Kollege Hennig, ging mit einem historischen Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung des Kämpfens in Deutschland seit jenen Novembertagen ein. Zur Kernfrage befragte er die Anwesenden, welche dazu geführt haben, daß sich die Opposition in der Verwaltung so heftig gegen die Leitung gestimmt habe. War es doch gerade Kollege Siegle, welchem Redner an Hand von früheren, gefassten Resolutionen nachweisen konnte, daß seine ganze Haltung, welche er in dieser Frage einnahm, im krassen Widerspruch zu jenen angeordneten Resolutionen stand, welchen nachweisbar auch von ihm zugestimmt wurde.

Um nun endlich aus den Wortgefechten und dem Gegeneinanderarbeiten herauszukommen, kam man dazu, die Versammlung oben abgedruckten Antrag vorzulegen und die Mitglieder entscheiden zu lassen, welche Politik in Zukunft maßgebend sein soll.

Bereits zu Beginn der Versammlung kam es zu Zusammenstößen zwischen Leitung und Versammlung, indem ein Antrag auf unparteiliche Befragung des Bureaus eingereicht wurde. Die Beschlüsse der Abstimmung besagte Ablehnung des Antrages. Bei nochmaliger Prüfung des Stimmenverhältnisses stellte sich heraus, daß derselbe angenommen war. Nun wurde den Kollegen R. E. E. und D. N. A. die Leitung übertragen. Bei dieser Gelegenheit brachte es Kollege Siegle fertig, zu erklären, daß, nachdem der Antrag, welcher eine unparteiliche Leitung wünschte, angenommen sei, die Versammlung jeder Existenzberechtigung beraubt sei, da sie ja nicht vom Bevollmächtigten, welcher ja noch im Amte sei, geleitet wäre. Mit dieser Erklärung fand er allerdings nicht die allgemeine Zustimmung der Versammlung.

Eine weitere, nicht zu seinen Gunsten ausfallende Witz gab sich Kollege Siegle, indem er nach mehrmaliger Aufforderung der Versammlung, doch zu seiner Rechtfertigung das Wort zu nehmen, auch dieses strikte ablehnte, indem er immer wieder darauf hinwies, daß die Versammlung keine Existenzberechtigung habe. In diesem seinem Verhalten fand er die Unterstützung des Kollegen Zitzel.

In der sich anschließenden Diskussion stimmten alle Redner mit Ausnahme des Kollegen Leopold den Ausführungen Hennigs zu. Kollege Leopold beantragte Uebergang zur Tagesordnung und Verweisung des Antrages an die Mitglieder, um den beiden Bevollmächtigten nochmals Gelegenheit zu geben, ihre Tätigkeit zu rechtfertigen. Der Antrag Leopold wurde gegen wenige

Stimmen abgelehnt. Der von der Opposition eingereichte oben abgedruckte Antrag wurde gegen einige Stimmen angenommen. Nach Annahme dieses Antrages war die Notwendigkeit der Neuwahl gegeben. Es wurden an Stelle der in Frage kommenden Kollegen Siegle, Zitzel, Paul und Kessel die Kollegen Freigang, Boese, Pieske und Werner gegen etwa zehn Stimmen gewählt.

Die durch die Wahl der Kollegen Freigang und Boese zu Bevollmächtigten freigewordenen Stellen werden ausgeschrieben.

Wir wollen uns nicht in diese Organisationsangelegenheit hineinmischen und enthalten uns zunächst darüber eines jeden Urteils. Wenn der „Vorwärts“ einen Bericht über diese Versammlung mit der Überschrift verleiht: „Die Drachensaat geht auf“, so beweist er damit, daß er immer noch nicht begriffen hat, daß die Arbeiter jetzt selbst darüber bestimmen, welche Politik getrieben wird. Damit muß eben jeder, der auf einen Posten berufen wird, rechnen und jederzeit bereit sein, diesen wieder zu verlassen. Die Rücksichtnahme auf „treu geleistete Dienste“, die man früher stets verlangte, kann im Interesse eines revolutionären Vorwärtsschreitens nicht mehr gewährt werden. Man mag also zu den Fragen, die in der Generalversammlung der Holzarbeiter verhandelt wurden, stehen wie man will, das Recht, sich die Führung zu wählen, die sie wünschen, steht ihnen jederzeit zu.

Die Bankangestellten und die Internationale

Der Allgemeine Verband der Bankangestellten hatte Dienstag in den Germania-Sälen eine gutbesuchte Versammlung abgehalten, in der eine internationale Verbindung der Bankangestellten angebahnt werden sollte. Es sprachen als Referenten: Alina, Wien, Pieri, Zürich, Dr. Mandelst, Prag und Marx, Berlin. Sie forderten die Bankangestellten auf, nach dem Vorbild der freigewerkschaftlichen Arbeiter den internationalen Zusammenschluß herbeizuführen. Politische Neutralität heißt nicht, sich des politischen Einflusses begeben. Das Vortreiben der Sozialpolitik ist nicht möglich in den Organisationen, die unter dem Einfluß der Unternehmerinteressen stehen. Die einzelnen Kämpfe werden erschwert durch die Hinweife der Unternehmer auf die

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Am Sonnabend abend 8 Uhr findet in der „Neuen Welt“, Hasenheide, eine Konferenz der Berlin-Brandenburger Parteifunktionäre statt. Tagesordnung: Berichterstattung von Moskau. Referent: Genosse Erspien. Korreferent: Genosse Dümig.

Es wird besonderes Gewicht darauf gelegt, daß der Eintritt nur gegen Vorzeigung der roten Ausweisarte erfolgt.

Die Zentralvorstandssitzung findet Freitag abend 8 Uhr im Verbandsbureau, Schillerstr. 5/6, statt.

Verhältnisse im benachbarten Ausland. Es sind dieselben Probleme, um die in allen Ländern gekämpft wird. Die Ausführungen wurden in folgender Resolution zusammengefaßt, die gegen wenige Stimmen angenommen wurde:

Die Versammlung der Bankangestellten Groß-Berlins steht mit dem vierten ordentlichen Verbandstag des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten auf dem Standpunkt, daß die Erfahrungen der gewerkschaftlichen Kämpfe sowohl wie auch die Grundsätze der Arbeiter-Solidarität eine internationale Organisation der Bankangestellten für eine zwingende Notwendigkeit und als einen erfreulichen Fortschritt gegenüber den reaktionären Bestrebungen der Kapitalisten aller Länder erscheinen lassen.

Diese internationale Organisation soll ausgehen von dem Grundlag des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital. Sie soll die Berufsgenossen aller Länder zum Kampfe aufrufen gegen die Unterdrückung, für die Befreiung. Sie soll es den im Kampfe Stehenden ermöglichen, sich nicht bloß an die Klassengenossen des eigenen Landes, sondern darüber hinaus an die Solidarität aller Arbeitnehmer zu wenden.

Den mehr und mehr sich bemerkbar machenden Anstürmen der Reaktion gegenüber soll diese Internationale der Arbeitnehmer des Bankgewerbes alle Zeit eintreten für Freiheit und Fortschritt, für ein Staatswesen, in dem allen wertvoll Schaffenden im Wirtschaftsleben wie im Staatsleben der ihnen zukommende entscheidende Einfluß auf die Gestaltung von Staat und Wirtschaft zufließt.

In der Diskussion verhielten sich zwei Redner, der auf dem Verbandstag entlassenen Opposition durchzusehen. Während der erstere sehr für Erweiterung der Versammlung sorgte und so viel Beifall fand, daß er nicht weitersprechen konnte, ließ sich aus den Ausführungen des zweiten Redners nur eine persönliche Animosität herausören. Die ausblühende Organisation aus Verfassung und Reichfertigkeit sprengen zu wollen, erscheint uns

direkt als gewissenlos. Im ganzen Bereich der freien Gewerkschaften gilt der Grundlag: die Opposition innerhalb des Verbandes auszutragen. Der gegenwärtige Standpunkt dieser Leute zeigt von mangelnden Glauben an die eigene Sache.

Die Beamtenchaft setzt den Kampf fort

Ein neuer Zusammenstoß zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen der Beamten im Deutschen Beamtenbund, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Gewerkschaftsbund fand am 1. September gelegentlich einer Konferenz im Preussischen Abgeordnetenhause statt. Neben den genannten Großorganisationen hatte die Preussische Regierung auch noch den Bund hoher Beamter und den Preussischen Richterverein zu den Besprechungen hinzugezogen. Gesch. Oberregierungsrat Ernhart pohl eröffnete die Verhandlungen und schlug eine Aussprache über folgende vier Hauptpunkte vor: 1. Ämterfrage; 2. Oberstufenfrage; 3. Ueberführung von unteren Beamten in mittlere Beamtenstellen und von mittleren Beamten in höhere Beamtenstellen; 4. Gleichbehandlung von Provinzial- und Lokalbehörden bei der Eingruppierung. Nachdem der Verhandlungsleiter die Punkte geteilt hatte, welche Organisationen zur Besprechung eingeladen seien, gab der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes folgende Erklärung ab: „Der Deutsche Beamtenbund sieht als Verhandlungsfähig nur solche Verbände an, die einer Arbeitnehmer-Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind. Der geschäftsführende Vorstand hat daher beschlossen, Verhandlungen abzulehnen, an denen Vertreter sogenannter Harmonie- und Standesvereinigungen beteiligt sind.“ Er richtete an den Verhandlungsleiter die Frage, ob er die Konferenz aus dieser Erklärung zu ziehen gedenke. Der Vorsitzende des Ausschusses der Besoldungskommission des Abgeordnetenhauses v. Dinklage wünschte lebhaft die Stellungnahme des Gutachterauschusses zu den vom Vorsitzenden festgelegten Fragen kennen zu lernen. Abgeordneter Rohlf gab namens der sozialdemokratischen Fraktion die Erklärung ab, daß sie nur mit den gewerkschaftlichen Organisationen verhandeln würde. Dieser Erklärung schlossen sich die Abgeordneten Höpfer für die demokratische Fraktion und Paul Hoffmann für die unabhängige Sozialdemokratie an. Darauf verließen die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes, gefolgt von den Abgeordneten der drei genannten Parteien den Verhandlungssaal, während die Regierungsvertreter mit den Vertretern des Bundes der höheren Beamten und den Abgeordneten der übrigen Parteien noch kurze Zeit beisammenblieben.

Der Kampf der Beamtenchaft gegen die preussische Reaktion ist nunmehr auf der ganzen Linie entbrannt und es ist zu hoffen, daß eine Klärung in kürzester Zeit erfolgen muß.

Klassenkampf oder Wirtschaftsfriede?

Der Gedanke der zentralen Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterchaft, der auch seit den bekannten Vereinbarungen vom November 1918 in der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung nicht Wurzel gefaßt hatte, hat sich durch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre und Monate immer mehr zu einem Schattenwesen verflüchtigt. Es haben durch die zentrale Arbeitsgemeinschaft nicht den Unternehmern nur die gelben und gelblichen Verbände und Verbändchen einen Vorteil gehabt. Den letzteren ist es leider wiederholt gelungen, durch die Hinterplote der zentralen Arbeitsgemeinschaft sich in die Kämpfe zwischen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft und dem Unternehmertum hineinzuwringen mit dem Erfolge, daß die kämpfende Arbeiterchaft ganz oder um Teil um den Preis ihres Ringens gebracht wurde. In der Zeit, da das kapitalistische Unternehmertum sich rüftet, eine Heraushebung der Arbeitszeit mit gleichzeitiger Herabsetzung der Löhne und Gehälter mit allen Mitteln durchzuführen, und angesichts der planmäßigen Sabotage der deutschen Wirtschaft durch eben dieses Unternehmertum ist es charakteristisch, daß sich Stimmen hervorwagen, die dem Schattendasein der zentralen Arbeitsgemeinschaft neuen Lebensodem einhauchen wollen. Die Wortführer des äußersten Schaffmachertums vom Schläge des Herrn Sorge, begegnen sich dabei mit den Vertretern von Angestellten-Organisationen, wie Herrn Schneider-Sachsen. Soll etwa auf dem Wege über die Arbeitsgemeinschaft längere Arbeitszeit und Verkürzung der Löhne und Gehälter herbeigeführt werden?

Der Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, ruft die Angestellten in kaufmännischen und Bureaubetrieben auf, zu diesen Fragen in einer öffentlichen Versammlung am Donnerstags, den 9. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Brauerei „Königsplatz“, Schönhauser Allee 9-11, Stellung zu nehmen. Paul Lange wird referieren über das Thema „Klassenkampf oder Wirtschaftsfriede?“ An den Angestellten wird es liegen, diese Versammlung zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Fortführung des Klassenkampfes um die Grundrechte der Arbeiterchaft zu gestalten.

Geschloßfabrik Spandau. Die Auszahlung beginnt am Freitag, den 10. September, 10 Uhr für A. D. und Gewerf. 4, die anderen Gewerke am Sonnabend, den 11. September, 9 Uhr.

Die drei springenden Punkte



Verkauf an jedermann

beim Einkauf finden Sie in den Verkaufsstellen der

Geöffnet 8-1, 4-7

Neutöllner Großhandelsgesellschaft m. b. H.

Pflügerstr. 7 / Donaustr. 131 / Janastr. 4 / Hermannstr. 5 / Mainzer Str. 45 / Steinmehstr. 114 / Herrfurthstraße 9 / Weisestr. 35 / Kirchhoffstr. 42 / Rogastr. 11 / Boddinstr. 45 / Kneesebeckstr. 24 / Hermannstr. 142

